

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M.
...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einblättrige Kopierzeile
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Abonnement Preis 100 M.

Anzeigen für die nächste Nummer
...
Abonnement Preis 100 M.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 24. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Polizeifunkto: Berlin 375 26 - Bankkonto: Direktion
der Distrikts-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Deutschland zu Verhandlungen bereit.

Voraussetzung: Räumung des Ruhrreviers.

Wolffs Bureau meldet: Zu den Meldungen über Vermittlungsversuche in der Frage der Ruhrbesetzung und der Reparationen wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt:

Der deutschen Regierung ist bekannt, daß man an den verschiedensten Stellen der Welt bemüht ist, dem durch den französisch-belgischen Einmarsch ins Ruhrgebiet geschaffenen und sich täglich verschärfenden Zustand des Unrechts und der Gewalt ein Ende zu bereiten. Die deutsche Regierung verfolgt mit Aufmerksamkeit diese Bemühungen und ist bereit, alles, was an ihr liegt, zu tun, ihnen zum Erfolg zu verhelfen.

Alle die Stellen, die sich mit dem das Schicksal Europas einschließenden Problem beschäftigen, sind von der Auffassung der deutschen Regierung unterrichtet. Wie wiederholt erklärt, war und ist Deutschland jederzeit zu Verhandlungen über eine vernünftige Vereinigung der Reparationsfrage bereit. In dem Augenblick aber, wo französische und belgische Truppen mitten im wirtschaftlichen Lebenszentrum Deutschlands stehen und die im Ruhrgebiet getroffenen vertragswidrigen Maßnahmen, wiederum im Widerspruch zu den Verträgen, auf das Rheinland ausgedehnt werden, erscheint ein Verhandeln über künftige Reparationsleistungen schon aus technischen Gründen unmöglich. Niemand weiß, welches Trümmerfeld Deutschland am Ende der französischen Unternehmung darstellen wird. Deshalb ist heute jede Möglichkeit einer Abschätzung der uns dann noch verbleibenden Reste unserer geschwächten Leistungsfähigkeit ausgeschlossen.

Nach können nach Ansicht der deutschen Regierung Verhandlungen unter militärischem Druck niemals zu Ergebnissen führen, die wirtschaftlich gesund, für das deutsche Volk annehmbar und zur wirklichen Befriedung Europas geeignet sind. Reparationsverhandlungen versprechen nach der Überzeugung der deutschen Regierung nur dann Erfolg, wenn auf jede Sanktions- und Pfänderepolitik endgültig verzichtet und Deutschland Gelegenheit gegeben wird, seine Pläne für die Lösung des Problems frei zu entwickeln und mit der Gegenseite gleichberechtigt und unbehindert zu diskutieren.

Diesen Grundfäden gemäß begegnet die deutsche Regierung allen Vorfällen, die aus der Erkenntnis der ersten Lage auf Abhilfe gerichtet sind, mit dem wärmsten Interesse. Wir können nur wünschen, daß es gelingen möge, Frankreich und Belgien rechtzeitig zur Aufgabe von Unternehmungen zu bewegen, die diesen Ländern niemals Sicherheiten oder Werte verschaffen, beiden Ländern aber zwecklose Kosten auferlegen, Deutschlands Leistungsfähigkeit bis zur Vernichtung herabsetzen und Europa in eine immer ernstere Wirtschaftskatastrophe hineinziehen.

Was wird Amerika tun?

Senator Borah über Amerikas Pflicht zum Eingreifen.

London, 23. Januar. (W.B.) Reuter meldet aus Washington: Senator Borah, Mitglied des Ausschusses Ausschusses, bezieht in einer Erklärung den Vormarsch Frankreichs als einen Akt von unbarmherzigem Militarismus, der eine Verletzung des Waffenstillstandes und des Versailler Vertrages sowie ein Vergehen gegen die Menschheit darstellt. Senator Borah tadelt die Politik des Staatesdepartements, das sich schweigend und untätig verhalte, und teilt dafür ein, daß die Vereinigten Staaten nicht länger mit Ehren stillschweigen können. Das Vorgehen Frankreichs findet nach seiner Meinung keine Begründung in dem Vertrag von Versailles. Es ist eine Gefährdung der internationalen Ordnung, des Weltfriedens und eine Verleumdung der Menschheit. Die französische Aktion wird zu einer Entschädigung nicht führen, aber die größten Leiden nicht nur für die Deutschen, sondern für die Völker ganz Europas verursachen und unermesslichen Schaden über unser eigenes Volk bringen.

New York, 23. Januar. (Hantspruch.) „New York Herald“ meldet aus Washington: Die Erklärung Senators Borah gegen den französischen Vormarsch ins Ruhrgebiet wird als Einleitung zu einem wohlüberlegten Angriff des Kongresses auf die ängstliche Politik der Regierung betrachtet.

In einer Erklärung sagte Senator Borah noch: Die erste Pflicht einer Nation ist, ihr Leben zu beschützen, wenn sie angegriffen wird, und die höchste Ehre und der höchste Ruhm im Siege ist es, gegen einen besiegten Feind gerecht zu sein. Diese Regel unterscheidet wilde von zivilisierten Völkern. Es waren die amerikanischen, von Wilson verkündeten Grundfäden, kraft deren der Waffenstillstand unterzeichnet wurde und Deutschland seine Waffen niederlegte. Es waren unsere Soldaten, die es möglich machten, Deutschland zu besetzen und zu entwaffnen. Oft haben wir offiziell erklärt, daß wir mit dem deutschen Volk keinen Streit hätten, sondern Gefühle der Sympathie und

der Freundschaft für das deutsche Volk hegen. Mit anderen Worten: wir lieferten den Soldaten die Grundfäden, auf die der Waffenstillstand aufgebaut wurde, der dazu führte, daß Deutschland hilflos gemacht wurde. Damit haben wir auch bestimmte Verpflichtungen bezüglich der Behandlung Deutschlands übernommen. Nach all diesem sehen wir nun deutsches Gebiet überfallen und Deutschland der vernichtendsten und unbarmherzigsten Methode des Militarismus einer willkürlich handelnden Macht ausgeliefert und wie profestieren nicht einmal. Auch haben wir Frankreich nicht in solcher Weise Andeutungen gemacht, daß es sich verpflichtet fühlte, von irgendeinem Plane Kenntnis zu nehmen. Wir sollten unsere Haltung klarlegen und profestieren. Das ist das wenigste, was wir tun können, und wie sollten noch weit mehr tun.

Mussolinis Vermittlungsaktion.

Mussolini hat im Ministerrat ausführlich die diplomatischen Bemühungen der italienischen Regierung bei den an der Wiedergutmachungsfrage beteiligten Regierungen geschildert, um die durch die Ruhrbesetzung geschaffene verwickelte Lage zu entspannen und sowohl Frankreich als auch Deutschland von überstürzten Handlungen abzuraten, sowie ein lebhaftes Interesse Englands an der gemeinsamen Lösung der Wiedergutmachungsfrage zu erzielen. Italien bleibe unerschrocken Gegner aller militärischen Gewaltmaßnahmen, befürworte aber eine gerechte Pfänderepolitik zur Gewährleistung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen.

Eine neue Protestnote.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung eine neue Note zu überreichen, in der aufs neue gegen die Verhaftungen und Gewaltakte Protest erhoben wird. Die deutsche Regierung verlangt sofortige Freilassung der Verhafteten, sofern sie nicht inzwischen bereits erfolgt sein sollte, und behält sich vor, volle Genugtuung zu fordern.

Regierungspräsident Brüning hat gestern vormittag nochmals versucht, gemeinsam mit den Arbeitervertretern eine Botschaft mit den französischen Generolen in Mainz zu erreichen, ist aber abschlägig beschieden worden. Der Präsident hat sodann mit den Arbeitervertretern der Zeche Bonifacius und der staatlichen Zeche eine Protesterklärung überreicht mit dem Hinweis, daß 600000 Arbeiter hinter ihnen ständen. Der Empfang soll nunmehr heute nachmittag stattfinden.

Kowalskis Beerdigung.

Langendreer, 23. Januar. (W.B.) Heute nachmittag fand die Beerdigung des Krankenträgers Kowalski unter überaus großer Beteiligung der Bevölkerung statt. Viele tausend Personen gaben dem Toten das letzte Geleit. Eine Fülle von Kränzen schmückte sein Grab. An der Beerdigung nahmen die Vertreter der Regierungs- und Kommunalbehörden, der Schulen und der Gewerkschaften teil.

Von französischer Seite wird in Essen verbreitet, daß in Deutschland wichtige Truppenbewegungen vorgenommen würden. Hierzu wird von zuständiger Seite erklärt, daß alle deutschen Truppen in ihren Garnisonen sind und keinerlei Truppenzusammenziehungen irgendwelcher Art stattgefunden haben.

Die Besatzungsbehörden lenken ein.

Essen, 23. Januar. (W.B.) Die französische Besatzungsbehörde hat heute gelegentlich einer mündlichen Verhandlung auf Grund von Vorstellungen des Regierungspräsidenten in Düsseldorf, die in den letzten Tagen erfolgt waren, mitgeteilt, daß auf Geheiß des Oberbefehlshabers der Rheinarmee Befehle folgenden Inhalts ergangen sind:

1. Es ist allen Truppenteilen ausdrücklich verboten, irgend welche Fettwaren für den Truppenverbrauch zu beschlagnahmen oder auszulassen.
2. Das gleiche Verbot ist hinsichtlich Frischfleisch und Gefrierfleisch in Metzgereien und Schlachthöfen erlassen. Außerdem wurde erklärt, daß die Besatzungsbehörde sich jeglicher Eingriffe in die Zufuhr von Lebensmitteln in das Ruhrgebiet auf allen Verkehrswegen enthalten wird. Das soll auch dann gelten, wenn die Eisenbahnen Transporte für die Entente, also die Reparationskohlentransporte, verweigern sollten.

Dörflicher Aufzug nach Polizeistunde. Wie uns gegen Mitternacht mitgeteilt wird, fanden gestern Abend am Kurfürstendamm wieder einmal antirepublikanische und antisemitische Kundgebungen von Schuh- und Truhndlern statt. Zwei Züge von etwa je 50 Mann, die von einer Versammlung kamen, durchzogen die Straßen unter Abfingern dörflicher Pöbel und Niederrufen auf die Republik, die Juden usw. Es wird an der Zeit, daß diesem groben Unfug sowie verbotener Organisationen polizeilich ein Ende gemacht wird.

Geist gegen Gewalt!

Eindrücke aus dem kämpfenden Ruhrrevier.

Von Friedrich Stampfer.

Essen, 23. Januar.

Wenn man mit der Bahn von Berlin nach Essen fährt, kann man viel trübselige Gespräche hören von Robilmachung in Bayern oder von Vorbereitungen der Reichswehr, von ungeheuren Waffenlagern in Russland und daß man es den Franzosen schon zeigen werde. Aber je mehr man sich dem Kampfgebiet nähert, desto mehr verstummt der gedankenlose Klatsch. Und kommt man in das Gebiet der ragenden Fördertürme, Halden und Schöte, lernt man im Flug die Bedeutung dieses unendlich wertvollen, verästelten Wirtschaftsorganismus begreifen oder auch nur ahnen, dann wird einem zunächst dies eine vollkommen klar, daß Gewalt, zu Angriff oder Abwehr angewendet, hier Unfug ist. Könnten wir auch eine Macht aufbringen, die der französischen vielzahl überlegen wäre, Tanks, Geschütze und alles, was zur Vernichtung gebraucht wird, aus der Erde stampfen, trotzdem würde jeder, der gegen die Franzosen im Ruhrrevier gewaltsam vorgehen wollte, in die Gummizelle gehören.

Es ist schon ein wirklicher Krieg, der hier geführt wird, aber es ist ein ganz neuartiger Krieg, zu dessen Führung niemand schlechter taugt als die Soldaten. Der oberste Grundsatz lautet: Gewaltlosigkeit ist die Voraussetzung des Erfolgs.

Der Kampf geht nicht um ein Stück Erdoberfläche, sondern um das, was unter ihr ist. Wenn die Franzosen und Belgier in Essen, Bochum und Dortmund nichts anderes tun, als was sie bisher in Mainz, Aachen und Düsseldorf getan haben, so ist es nicht entscheidend, ob sie ein paar Tage früher oder später wieder hinausgehen. Entscheidend ist, ob es ihnen gelingt, sich in den Besitz der Kohle zu setzen. Wohltingt ihnen das, dann bleibt die Gesellschaft, die mitten unter arbeitenden Menschen mit Schwung Wachhabung und Präventieren des Gewehrs betreibt, der Unterlegene.

Der Kampf um die Kohle kann nur mit fast blätiger Ueberlegung geführt werden. Darum ist in diesem Fall und bis auf weiteres auch Generalstreik Generalunfug. Die Arbeiterschaft ohne zuverlässigste Sicherung der materiellen Widerstandsmöglichkeiten in einen Generalstreik hegen, wäre geradezu ein Verbrechen. In wenigen Tagen würde das Unternehmen mit Zusammenbruch und blutigem Gemetzel enden und die zermürbten Massen wären zu weiterem Widerstand unfähig.

Mit den Kräften des Widerstandes hauszuhalten, sie rationell zu verwenden, mit dem kleinsten Kraftaufwand die größte Wirkung zu erzielen, das ist die Aufgabe, die jetzt geleistet werden muß.

Allen Respekt vor den Herren, die sich nicht scheuen, einen bequemen Willensh mit dem Militärgefängnis zu vertauschen. Aber man darf keinen Augenblick vergessen, daß die moralische Widerstandskraft dieser Herren in ihrer sozialen Stellung und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen einen starken Rückhalt besitzt. Der Arbeiter, der kleine Angestellte und Beamte lebt in ewiger Sorge um das Stückchen Brot für morgen. Sein Brot muß ihm unter allen Umständen gesichert sein, sonst kann er beim besten Willen nicht kämpfen.

Und ebenso läßt sich der moralische Widerstand der Massen im unbefestigten Gebiet nur aufrechterhalten, wenn hier für Arbeitslosigkeit und Lebensmöglichkeit gesorgt ist.

Für das unbefestigte Gebiet Kohle, für das besetzte Gebiet Lebensmittel zu schaffen, die zur Verteilung gelangen — sei es für Arbeiter oder Nichtarbeiter — das ist das Problem, das nun hängt alles ab. Alles! Denn wenn es dem Gegner gelingt, durch die Erzeugung von Mangel den moralischen Widerstand zu brechen, dann hat Deutschland den Weltkrieg noch einmal, schlimmer als das erste Mal, verloren, und es kommt eine Revision des Friedens von Versailles nicht nach den Wünschen aller vernünftigen und gerecht denkenden Menschen der Welt, sondern nach den Plänen des französischen Imperialismus.

Die Bedeutung und das Wesen dieses neuen Kampfes muß auch das Ausland begreifen lernen. Wer dem deutschen Volk in seinem gerechten Kampf helfen will, der muß wissen, daß ein Korb Kohle und ein Pfund Fett für uns wertvoller sind als die Aussicht auf eine diplomatische Intervention mit ungewissem Ausgang. Mag auch in diesem Augenblick noch das Nötigste vorhanden sein, man muß sich auf ein langwieriges Ringen gefaßt machen; so lange es dauert, dürfen Kohle und Lebensmittel nicht ausgehen. Kohle und Lebensmittel sind die Munition dieses neuartigen Krieges.

Neben den materiellen sind auch die moralischen Wirkungen, die aus dem Ausland kommen, nicht gering zu schätzen. Für die Geschichte verdient festgehalten zu werden, daß die englischen Arbeiter die ersten waren, die durch Entsendung des Genossen Charles Roden Burton nach dem Ruhrrevier den Weg zu ihren kämpfenden Kameraden gefunden haben.

Die Arbeiter sind entschlossen, standzuhalten. Aber man versuche um alles in der Welt nicht, sich und anderen einzureden, angeichts der Bedrängnis von außen sei das patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederhergestellt und die Arbeiter seien bereit, sich gegen fremde für einheimische Herren zu schlagen. Man fordert damit nur peinliche Widerlegungen heraus. Nirgends sind die sozialen Gegensätze schärfer als im Ruhrrevier. Nur die Arbeiter haben begriffen, daß die fremden Eindringlinge in plumpester und dümmster Weise auf diese Gegensätze spekulieren, und sie sind klarblickend genug, auf diesen dick aufgetrichenen Leim nicht zu kriechen. Sie wissen, daß alles zur rechten Zeit und am rechten Ort geschehen muß, und daß jetzt die große Aufgabe, dem französischen Imperialismus das Geschäft zu verderben, im Vordergrund steht und ihre Lösung verlangt.

Ueber die Unverschämtheit des verübten Friedensbruches herrscht überall dumpfe Wut. Das Soldatenpiel auf offener Straße weckt Erinnerungen an alle Zeiten, deren Wiederkehr man nicht wünscht. Der Versuch, mit militärischen Kommandotönen, aufgespannten Bajonetten und spazieren gefahrenem Kriegesgerät den wunderpöhl komplizierten Wirtschaftsorganismus des Ruhrrevieres zu meistern, wird in allen seinen Stadien mit Gelächter verfolgt. In den Massen herrscht dieselbe prachtvolle Kampfstimmung wie etwa in der Berliner Arbeiterkassette während des Kapp-Putschs, wenn man sich auch dessen bewußt ist, daß dieser Kampf schwerer ist und länger dauern wird.

Im Ruhrrevier kämpft die Arbeit gegen den Krieg, der Geist gegen die plumpe Gewalt, und die Arbeiter, Angestellten und Beamten stehen an der Front. Möge man im Hinterland begreifen, daß man mit Verbantgerede und nationalstiftlichen Kraftsprachen dieser Front keine Hilfe bringen kann.

Es gilt nicht, sich zu herauschen und in Illusionen zu wiegen. Es muß vermieden werden, durch Larmnarrichten, die am anderen Tag widerlegt werden, „Stimmung“ zu erzeugen. Mit Kaltblütigkeit muß jeder Zug des Gegners mit einem überlegenen Zug beantwortet werden, bis er die Ohnmacht der Gewalt und den Bankrott seiner Hoffnungen vor aller Welt manifestieren muß. Dem französischen Imperialismus die Niederlage zu bereiten, die er für seine grenzenlose Verachtung alles Rechts und aller Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft verdient, das ist das Ziel, für dessen Erreichung die Arbeiter des Ruhrrevieres alle Kräfte einzusetzen bereit und entschlossen sind. Unsere Aufgabe ist es, sie dabei verständnisvoll zu unterstützen in dem Bewußtsein, daß sie damit die Vorkämpfer geworden sind nicht nur der Sache Deutschlands, sondern auch der Sache des Friedens für die ganze Welt.

Gewerkschaften beim Kanzler.

Einmütigkeit in der Abwehr.

Amlich wird gemeldet:

Am Dienstag nachmittag fand in der Reichskanzlei unter Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften statt, die bis in die späten Abendstunden dauerte. Vertreten waren: der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring, der Allgemeine freie Angestelltenbund. Die Organisationen hatten Abgeordnete aus dem Ruhrgebiet zugezogen. An der Besprechung nahmen weiter der Reichswirtschaftsminister, der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und der Reichsschatzminister teil; der erkrankte Reichsarbeitsminister war durch den Staatssekretär und durch Beamte seines Ministeriums vertreten. In eingehender Erörterung wurde die gesamte, durch die rechtswidrige Gewaltaktion Frankreichs hervorgerufene Lage durchgesprochen und dabei volle Einigkeit über die zuzugreifenden Maßnahmen fest-

gestellt. Von den Gewerkschaften wurden noch Anregungen gegeben, die von den zuständigen Ressorts verfolgt werden. Die einmütige Auffassung der Teilnehmer an der Besprechung ging dahin, daß in der erfolgreich begonnenen Abwehr des Rechts und Frieden brechenden, mit militärischer Gewalt unternommenen Einbruchs mit allen zweckdienlichen Mitteln fortgefahren werden muß.

Englands Arbeiter gegen die Ruhrinvasion.

Eine Unterredung mit Charles Roden Buxton.

Genosse Charles Roden Buxton, der hervorragende Führer der englischen Arbeiterpartei, weilte in den letzten Tagen als offizieller Abgesandter der unabhängigen Arbeiterpartei mitten unter unseren kämpfenden Kameraden, nahm an ihren Besprechungen mehrfach teil und übermittelte ihnen die Grüße der englischen Arbeiterkassette. Auf der Rückfahrt von Essen nach Berlin hatte einer unserer Genossen Gelegenheit, sich mit Genossen Buxton ausführlich über die Einbrüche, die er im Ruhrrevier ausgenommen hatte, zu unterhalten. Genosse Buxton äußerte sich folgendermaßen:

Ich habe die Störungen, die der Einmarsch der Franzosen im alltäglichen Leben der Arbeiter verursacht hat, an der Quelle studieren können, denn ich habe bei einem Bergarbeiter gewohnt, mit dem mich vor zwei Jahren Otto Hue bekannt gemacht hatte, und habe mit vielen Arbeitern gesprochen. Der Einmarsch machte sich bei den Massen sofort durch ein Steigen der Lebensmittelpreise ungefähr auf das Doppelte bemerkbar. Es entstand eine allgemeine Beunruhigung. Niemand wußte, was am kommenden Morgen werden sollte. Besondere Empörung erregte es dann, als die Arbeiter ihre Kinder nicht mehr zur Schule schicken konnten, weil die Schulen von den fremden Garnisonen beschlagnahmt worden waren. Das Verhalten der französischen Behörden gegenüber den Arbeitern kann ich nur als unverschämlich bezeichnen. Ich habe noch nie etwas Ähnliches gesehen. Die Arbeiter haßten die französischen Offiziere und die französischen Behörden. Aber sie empfinden gegenüber Frankreich und den französischen Soldaten keinen Haß. Sie haben für die einfachen Soldaten noch die Entschuldigung, daß sie doch selber unter dem Zwang der herrschenden Klasse ständen. Die Kraft der Arbeiterklasse beruht auf ihrer passiven Resistenz, mit der die feindliche Invasion nicht fertig werden wird. Darin ist die ganze Arbeiterklasse einig, auch die Kommunisten wollen nicht unter den fremden Bajonetten arbeiten. Das Abkommen von Dortmund über die Freigabe der militärisch besetzten Bahnstrecken war ein erster großer Erfolg.

Genosse Buxton kam dann auf die Haltung Englands zu dem Vorgehen der Franzosen zu sprechen und führte darüber aus: Die überwiegende Mehrheit des englischen Volkes ist entschieden gegen Frankreichs gegenwärtige Politik. In bürgerlichen Kreisen ist der Umschwung erst in letzter Zeit zögernd und allmählich erfolgt. In den Arbeiterkreisen, die schon seit vier Jahren Stellung gegen den Frieden von Versailles genommen haben, ist das Gefühl gegen das französische Unrecht viel stärker entwickelt. Die englischen Arbeiter sehen in dem Vorgehen Frankreichs den Gipfel des Imperialismus. Die Stimmung gegenüber den kämpfenden Kameraden im Ruhrrevier ist die einer vollkommenen Solidarität, wie ja auch meine Entsendung nach dem Ruhrrevier beweist. Würde es freilich zu Gewalttätigkeiten im Ruhrrevier kommen, dann könnte diese Stimmung leicht umschlagen. Wir würden eine Intervention, sei es des Völkerbundes, sei es Amerikas, begrüßen. Wie weit unsere Kraft reichen wird, die Regierung in positiverem Sinne zu beeinflussen, läßt sich natürlich im voraus nicht sagen. Einen günstigen Umstand bedeutet es, daß auch die kaufmännischen Kreise hier gegen die französische Politik Stellung genommen haben. Eine aktive militärische Unterstützung Frankreichs durch England würden wir auf alle Fälle verhindern können, aber die wird wohl für keine englische Regierung mehr in Frage kommen. Für uns von der unabhängigen Arbeiterpartei handelt es sich hier nicht um Frankreich oder Deutschland, sondern um einen Kampf zwischen dem Militarismus und der Arbeiterklasse. Und da stehen

wir mit unserem ganzen Herzen auf der Seite der kämpfenden Kameraden im Ruhrrevier.

Nach einer Zeitungsmeldung des gestrigen Tages soll die englische Regierung ein „Rechtsgutachten der obersten Justizbehörde“ eingeholt haben, das den französischen Rechtsbruch feststellt. Ueber diese Nachricht befragt, warnte Genosse Buxton vor ihrer Ueberschätzung. Es könne sich allenfalls um eine Meinungsäußerung des Attorney-General und des Solicitor-General handeln, jener beiden juristischen Regierungsmitglieder, deren Gutachten man einzuholen pflege, wenn die Entschließung über eine bestimmte Aktion bevorstehe. Die Nachricht selbst sei zu unklar und unbestimmt, als daß sich aus ihr besondere Schlüsse ziehen ließen.

Gefährlicher Versammlungsschutz.

Bei der Schaffung der Schutzgesetze wurde von der Deutschen Volkspartei auch der Erlaß eines Gesetzes gegen Versammlungssprengungen beantragt. Nach der Ausschussfassung soll im Reichsstrafgesetzbuch ein neuer § 107a eingefügt werden, der folgenden Wortlaut haben soll:

„Wer nicht verbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sprengt, oder in unmittelbarem Zusammenhang mit solchen Versammlungen, Aufzügen oder Kundgebungen Gewalttaten begeht, wird mit Gefängnis, neben dem auch Geldstrafe bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat diesen Vorschlag bekämpft und wird ihn weiter auf das entschiedenste bekämpfen. Die sozialdemokratische Partei sprengt nicht gegenwärtige Versammlungen, sie hat höchstens selber ab und zu unter dem Radau rechts oder links übergeschnappter Elemente zu leiden. Aber aus jedem Radau, bei dem es vielleicht ein paar Bißchen gibt, eine Staatsaktion zu machen, ist direkt unsinnig. Ist es Aufgabe der Gesetzgebung, die Kriminalität durch Erfinden neuer Delikte künstlich zu steigern, und junge Leute, die im Ueberschwang der Begeisterung Unfug getrieben haben, in Sträflinge zu verwandeln. Die bürgerlichen Parteien sollten sich die Sache noch einmal gründlich überlegen. Man hüte sich, neue Gesetze zu schaffen, die bei partieller Anwendung leicht zur Quelle stärkster Erbitterung werden können.

Regierungsbildung in Lettland.

Sozialistisch-demokratische Koalition.

Riga, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach dreimonatigen langwierigen Verhandlungen ist heute eine Koalition zustande gekommen, die im lettischen Reichstags eine Dreierkoalition besitzt. Diese Koalition wird gebildet von der Sozialdemokratie (der stärksten Partei im Parlament), der rechtssozialistischen Gruppe, dem demokratischen Zentrum und dem Bauernbund. In der Opposition verbleiben die lettischen Reaktionskräfte und die nationalen Minoritäten. Die sozialdemokratische Partei einsetzt in das Koalitionskabinett die Genossen Buldewich (Finanzministerium), Lorenz (Arbeitsministerium), Jelms (Vizeminister des Auswärtigen) und Dedes (Vizeminister für Volksbildung).

Deutsche Kartoffeln in Finnland. Vor einigen Wochen berichteten wir, daß in Helsinki am 22. November 1922 aus einem Schiffe deutsche Kartoffeln in ganzen Wagenladungen verkauft worden seien. Die von der deutschen Gesandtschaft auf Veranlassung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß im „Hufvudsbladet“ vom 22. November 1922 tatsächlich eine Annonce enthalten war, wonach „extra prima deutsche Kartoffeln“ ab Schiff angeboten wurden. Von der Gesandtschaft wurde indes festgestellt, daß es sich um aus Danzig stammende Kartoffeln gehandelt hat. Die finnische Zeitung hat alsbald eine Berichtigung gebracht. (Man kann wohl kaum annehmen, daß die Kartoffeln wagonweise auf dem Danziger Pflaster oder im dortigen Hafen gewachsen sind. Red. d. „A.“)

Die Kanone auf dem Kumpelhaufen.

Von Friedrich Wendel.

Vor unseren Augen vollzieht sich ein geschichtlicher Prozeß, der, so vorzüglich nüchtern man auch die ersten Phasen seines Verlaufes einschätzen muß, sehr bald in aller Form offizieller Eitelierung zu jenen epochenmachenden weltgeschichtlichen Vorgängen wird gezählt werden, die den Typ menschlichen Zusammenlebens auf Jahrhunderte und Jahrtausende zu bestimmen vermögen. Was den Franzosen augenblicklich im Ruhrgebiet passiert, ist das erste ansehbare, klare, methodische Unternehmung zugängliche, unsehbarer wertvolle Symptom des Prozesses der Um- und Entwertung eines Faktors, der als abstrakt stabile Wertgröße allem historischen und politischen Denken bisher zugrunde lag: der Anschauung nämlich, daß in letzter, entscheidender Stunde großer Konflikte die Kanone wenn nicht das zuverlässigste, so doch das einzig gegebene Mittel der Konfliktlösung ist.

Wie ist die Situation, auf die die gesamte Welt heute mit noch größerer Spannung blickt, als es bei Jona, Achoras, den Katastrophischen Feldern, Kafedn, Balmg, Leipzig und der Karne der Fall gewesen ist?

Die knifflige Frage war, ob ein schwerbewaffnetes Volk einem unbewaffneten Volk seinen Willen aufzuzwingen vermöge.

Herr Poincaré glaubte, etwas vorzilig, die Frage ohne weiteres bejahen zu dürfen. Er sieht sich getäuscht. Er erlebt, daß Kanonen nicht den geringsten Wert haben, wenn auf der Gegenseite die Leute keine Lust haben, sich tollziehen zu lassen. Ermöglichte die dürftige akademische Bildung des kleinen Advokaten aus Bar-le-Duc ihm modernes Denken, so könnte er zu der logischen Folgerung kommen, daß besagte Kanonen noch weniger Wert dadurch haben, daß die Leute auf der Gegenseite auch nach erfolgtem Abbruch zweifellos nicht zur Kohlenförderung zum Zweck der Ueberfüllung französischer Lagerplätze sich werden bereit finden lassen. Und da man, trotz aller verblüffenden Kraftäußerungen der Seelen Abgeschiedener noch nie gehört hat, daß dabei mustulöse und arbeitsfreudige Seelen sich für Zwecke der Kohlenförderung interessiert hätten, so sieht die politische und wirtschaftliche Kalkulation des Herrn Poincaré augenblicklich so, daß man begreifen kann, wenn die Engländer darauf gespannt sind, wie sich das offizielle Frankreich aus der schmerzlichen Situation, in die je eine Regierung sich gestürzt hat, wird herauszuweisen können.

Aber Spatz beileide, das zutage liegende weltgeschichtliche Novum ist von so bedeutungsvoller Wichtigkeit, daß man berechtigt ist, unter Ausserachtlassung des journalistischen Notgesetzes über Papiererparnis die Formel wörtlich zu wiederholen: Kanonen haben nicht den geringsten Wert, wenn auf der Gegenseite die Leute keine Lust haben, sich tollziehen zu lassen. Die Kanone ist auf dem Kumpelhaufen der Geschichte gelandet — „und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen!“ Was aber ist das nun für eine neue seitliche Kraft, die an Stelle der von dem seligen Franziskaner Berthold Schwarz entdeckten Explosiv-Energie tritt? Wie heißt diese Kraft, die stärker ist als die Kraft der Doppel-Kartusche plus Seladung? Wellenurs: Die Arbeitskraft! Ein Ding, längst bekannt. Oft untersucht, gründlich analysiert, Bibliotheken hat

man darüber zusammengeschrieben, das Beste über sie hat ein gewisser Karl Marx zu sagen vermocht. Ihr Wert als wirtschaftlicher Faktor ist männiglich bekannt, sogar auf deutschen Gymnasien kommen Studienräte und Oberlehrer nicht mehr um die Betrachtung dieses Faktors herum. Neu ist, daß Theoretiker und Praktiker der Kriegstechnik sich mit dem Ding werden intensiver beschäftigen müssen. Wobei aber weder Karl Klauewitz noch Oswald Spengler ihnen zuverlässige Lampen werden sein können.

Sie haben, Raymond Poincaré, anscheinend das Produkt der Arbeitskraft mit der Arbeitskraft überhaupt verwechselt. Der Tag ist möglicherweise nicht mehr so fern, da selbst Ihre Kammer (eine Körperkassette) also, in der die Idee, das Denken sei eine unparteiliche Besprechung, sich überbetont vertreten findet. Sie fragen wird, was es denn groß bedeute, ein paar Säge voll Kohlen zu tragen, wenn es nicht gelinge, die Arbeitskraft um Dortmund herum als eigenständiges Wertobjekt zu etablieren.

Es war, Sie Ludendorff aus Bar-le-Duc, ein symbolischer Akt von Weltbedeutung, als eine Handvoll Gewerkschaftssekretäre Ihren Generälen sagen ließen, sie hätten wichtigeres zu tun, als sich mit dem Stuh Ihrer Militärbefehle abzugeben! Sie sind überzeugt, daß diese Worte etwas mehr bedeuteten, als eine Begünstigung auf das auch Ihnen bekannte Zitat aus dem „Göz von Berlichingen“! Bernhard Schom, ein Mann, der, wie wir wissen, Ihnen ein langes Leben wünscht, hat einmal gesagt, daß Napoleon Bonaparte der erste Europäer gewesen sei, der mit allen Konsequenzen begriffen habe, daß eine Kanonenkugel, auf einen Mann abgefeuert, diesen unsehbar tötet. Jene Gewerkschaftssekretäre, völlig unnapoleonische Figuren, werden vielleicht einmal in der Geschichte als jene Europäer registriert werden, die mit allen Konsequenzen begriffen hatten, daß Napoleon Bonaparte schon seit 1821 tot ist.

In allem Ernst: mit der Ausschaltung der Kanone, d. h. also des Krieges, und der Einschaltung der Arbeitskraft als Faktor staats- und politikpolitischer Dynamik, wird nicht nur ein neues Kapitel, wird sozusagen ein neues Band der Weltgeschichte angefangen. Staatsmänner werden umlernen müssen, eine neue Diplomatie wird entstehen. Wie allmählich sie heute bereits wirken, diese Militärstaaten!

Und noch eins: es galt bis heute immer als eine besondere politische Erleuchtung — siehe die englische Schule —, in Kontinenten denken zu können. Auch das ist veraltet. Man hat heutzutage nicht einmal mehr in Kontinenten, man hat in Arbeitskraft zu denken! Proletariat, ihr habt allen Anseh, heute ihr stolt zu sein. Es war das Proletariat, das das Denken in Arbeitskraft kognisierte, es war das Proletariat, das das Denken in Arbeitskraft zur Basis modernen Denkens und Handelns machte. Neale Erfolge in der Politik sind nur mehr auf dieser Basis möglich. Und Sie, Raymond Poincaré, sind unmöglich geworden!

Aufführung einer Kornfeldschen Komödie. Paul Kornfeld, der zwei expressionistische Tragödien im Nirgendland schrieb — „Die Verführung“ als Symbol der Verzweiflung, „Himmel und Hölle“ als Biflon der Erlösung — ist mit einer handfesten Komödie auf die behagliche Erde zurückgekehrt. Zwar hat er uns nicht die politische Zeitkritik gebracht, auf die wir alle warten. Aber dem

einstigen Bestimmen ist jetzt mit der laufenden Waise wenigstens ein Vorpiel gelungen, das dem Erdbeben unserer Zeit, den debattierenden, talentlosen Intellektuellen die Wahrheit vorhält. Was sich aus diesen Referaten im Klub der geistig Rabulaten in 14 Bildern entwickelt, ist ein starrer Versuch, die sexuelle Frage der sozialen voranzustellen. Kornfeld läßt unter einer Zukunftsregierung, die die Polygamie gesetzlich verordnet hat, eine Rebellion der Liebe entstehen, die das Recht auf Einhele fordert: „Der ewige Traum“ heißt der Titel des Stückes. Nun ist aber dieses angenehme Verbot der dauernden Vereinigung zweier Menschen eine Uebertriebung, die, für die Komödie brauchbar, für die Moralistik ungeeignet ist. Es zeigt sich weiter, daß die wahre Saitte voranschreitend sein muß. Bei Kornfeld spukt die Idee vom neuen Cross — und das läuft ja allemal doch bloß auf bürgerliche Familienmoral hinaus. Zudem ist diese Komödie mit einem politischen Nebenstrang behaftet, der für den Individualismus streitet, so daß uns zum Schluß aus den Resten des Expressionismus der Liberalismus entgegenpringt; wir wollen ihn schleunigst wieder begraben. Die Aufführung im Schauspielhaus zu Frankfurt a. M. verhält dem Werk zu großer Bühnenwirksamkeit. Die sehr glückliche Regie Walter Brüggmanns meißerte sowohl die satirischen Massenmengen wie die Einzelcharaktere. H. v. J.

Die Neuordnung des Berliner Zeughauses. Nach langjähriger Arbeit ist die Neuaufrichtung der Abteilung alter Waffen im Berliner Zeughaus vollendet worden, und damit wird diese großartige Waffensammlung durch übersichtliche Gruppierung dem Studium recht zugänglich. Paul Post, der die Einzelheiten dieser Neuordnung in der „Kunstchronik“ beleuchtet, hebt hervor, daß man durch eine gründliche Durchsicht nach Fälschungen und modernen Ergänzungen Lust geschaffen hat und dabei auch verschiedene unerwartete Entdeckungen machte. Die bis tief ins Mittelalter zurückreichende Sammlung, die alle Waffentypen in hervorragenden Stücken vollständig aufweist, ist jetzt in einer klaren geschichtlichen Zeitfolge aufgestellt. Die bisher durchweg freistehenden Gegenstände wurden nach gründlicher Reinigung unter Glas gebracht, und zwar nicht nur sämtliche Schwerter, Gewehre und Helme, sondern auch der wertvollste Besitz des Zeughauses, die Harnische. Die die meisten Gegenstände umfassende Schwerter- und Degeensammlung ist von der frühmittelalterlichen „Spatha“ bis zum Beamtentegen des 18. Jahrhunderts in Pfeiler- und Fensterbänken aufgereiht. In den die Abteilungen trennenden Gangbänken verarmen sich die Helme in nahezu lückenlosen Entwicklungsreihen vom langobardischen Spangenhelm bis zur Helmdecke des Dreißigjährigen Krieges.

Den Mittelpunkt der einzelnen Abteilungen bildet der stolze Besitz des Zeughauses, eine große Anzahl erlener Harnische, zum Teil großartige Meisterwerke deutscher Treibarbeit, die wie Freskulpturen inmitten der Ache aufgestellt sind. Es erforderte viele Jahre, um diese Harnische zu reinigen, zu prüfen und neu zu ordnen. Aber die Arbeit hat sich gelohnt, denn es sind prächtige neue Stücke, die bisher vernachlässigt waren, entdeckt worden. Einige Ritter, die bisher zu Pferde dem Auge entzückt waren, hieß man absteigen, und machte die Besichtigung ihrer kostbaren Hülle bequemer. Auf diese Weise wurde z. B. ein prachtvolles Stützzeug von der Hand des Nürnberger Plattners Ballentin Siebenbürger gewonnen, ebenso ein herrlicher Harnisch der Hochrenaissance von seltener Voll-

Schwierigkeiten im Ruhrrevier.

Eine Unterredung mit Minister Severing.

Für die staatlichen Beamten in dem neu besetzten Gebiete stellt sich die Lage, die durch die Befehle geschaffen worden ist, wesentlich schwieriger dar, als der Leser im unbesetzten Deutschland sie sich auszumalen vermag. Wenn der Draht meidet, daß die Beamten der Reichsbank oder der Eisenbahn oder der Post den unberechtigten Forderungen der Befehlsbehörden entschiedenen Widerstand leisten, sich auf das Recht berufen und unter Umständen ihre Tätigkeit einstellen, bis der rechtswidrige Eingriff behoben ist, so liegt sich das begreiflicherweise viel leichter als die Ausführung erfolgt.

Der preussische Minister des Innern, Severing, gab heute einem Mitgliede unserer Redaktion einen Ueberblick über die Schwierigkeiten, wie sie sich besonders für die preussischen Beamten gestalten.

Da kommen zunächst hauptsächlich die Polizeiorgane in Frage. Zwar hat bisher die Befehlsbehörde sämtliche Polizeibeamten in ihren Kämern belassen, aber sie hat zum Teil derartig unwürdige Bedingungen gestellt,

daß sie nicht erfüllt werden konnten. Unter anderem verlangt man, daß die Schupo-Beamten mit weissen Armbinden ausgerüstet und mit Nummern gekennzeichnet werden sollen. Die Anlegung solcher Armbinden ist indessen abgelehnt worden, da im preussischen Staat Mittel für derartige Binden nicht eingestellt sind. Dertliche Befehlsbehörden haben nun versucht, den Generälen zu spielen und die Binden aus französischen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Aber auch in diesem Falle ist die Anlegung abgelehnt worden, weil über die Uniformierung der Schupo nicht die britische Polizeiverwaltung befinden kann, sondern diese durch das Staatsministerium nach langen und sehr schwierigen Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Interalliierten Militärkommission in Berlin, General Koller, festgelegt worden ist. Sie einseitig zu ändern, hat die Polizei schon deshalb keinen Grund, weil die Forderung nach Nummerierung der Beamten möglicherweise ganz bestimmte Zwecke verfolgt. Bei den geringsten Anlässen würde, wie das im alten besetzten Gebiet erprobt ist, der Polizeibeamte verantwortlich gemacht werden, wenn irgendwo auf der Straße eine irgendwie einen Befehlsbeamten tränkende Aeußerung fiel. Schließlich sind aber die deutschen Schupo-Beamten nicht dazu da, um die französische Befehlsgruppe unter Schutz zu stellen.

In dem alten besetzten Gebiete regelt sich diese Angelegenheit nach dem bekannten Rheinlandabkommen, das aber für das Ruhrgebiet um so weniger in Frage kommt, als die Befehlsbehörde dieses Gebietes eine ganz klare Rechtsverletzung darstellt. Im allgemeinen haben die örtlichen Polizeibehörden auch ohne besondere Anweisung aus Berlin fast übereinstimmend die zweckdienlichsten Maßnahmen getroffen, so daß sich eine nachträgliche Korrektur so gut wie gar nicht erforderlich machte.

Es ist aber durchaus nicht ausgeschlossen, daß sich die Befehlsbehörde zu neuen Gewalttaten entschließt, nachdem ihre bisherigen Versuche, die deutsche Beamtenschaft einzuschüchtern, mißlungen sind. Das gilt auch in erster Linie für das alte besetzte Gebiet, in dem der französische Oberkommissar neuerdings wieder mit willkürlichen Ausweisungen von deutschen Beamten

begonnen hat. So hat er nicht nur den Regierungspräsidenten von Wiesbaden, sondern auch dessen Stellvertreter ausgewiesen, so daß das Amt inzwischen von einem dritten Beamten verwaltet werden muß, bis der in Aussicht genommene neue Regierungspräsident Haenisch sein Amt antritt. Es wird vermutet, daß der französische Oberkommissar Anhänger der separatistischen Bewegung in diese zu setzen beabsichtigt. Er soll sich bereits geäußert haben, daß er „genug Beamten aus dem Rheinland zur Verfügung“ habe, die diese Posten besetzen würden. Es besteht aber kein Zweifel darüber, daß die nachgeordneten Beamten von keinem nicht von der rechtmäßigen Stelle ernannten Vorgesetzten Anordnungen entgegennehmen dürfen. Die Beamten haben in dieser Beziehung ganz klare Anweisungen erhalten.

Der Minister hält es für erforderlich, daß von Preußen und insbesondere von seinem Ressort aus alles getan wird, was der

ständigheit. Bei sämtlichen Harnischen wurden die Maße festgestellt und danach die Eisengerüste angefertigt, die dem übergezogenen Harnisch eine natürliche Haltung verleihen. Die romantische Vorstellung von der Hühnerhosen Größe der alten Ritter ist damit als falsch erwiesen. Das Körpermaß des einstigen Trägers, das sich aus der Messung des Harnisches ergibt, beweist, daß unsere Vorfahren kleiner und schwächer waren als wir.

Das Kind in der Burgmauer. Vor einiger Zeit wurde in der Burgmauer des Stammschloßes der Wobedder Fürsten, das sich mächtig über dem bergumrandeten Staube der größten europäischen Zalsperre, der Edelalperre Walde, erhebt, die Skeletüberreste eines Kindes gefunden. Das Kind war eingemauert worden. Es handelt sich hier um ein Menschenopfer, um die Göttheit günstig zu stimmen. Dieser Fund hat die Gelehrten auf den Plan gerufen und nach Lage der Dinge besteht kein Zweifel mehr, daß die Burg über der Eder in vorgeschichtlicher Zeit schon eine solche gewesen ist, und zwar deutet alles darauf hin, daß die Brucker auf dem Felsen, der die heutige Burg Walde trägt, bereits eine feste Wallburg aus Steinen errichtet hatten.

Die Brucker wohnten ursprünglich in der Gegend von Kassel, und als Germanicus im Jahre 15. n. Chr. dort die Chatten vernichtete, zogen die Brucker in das Gebiet der Ederufer. Nun sind im obersten Bande in ehemals festen Hüfen ebenfalls Knochen gefunden worden, die aber als Tierüberreste angeprochen werden müssen. Daraus ergibt sich, daß man dort das Menschenopfer in ein Tieropfer umgewandelt hatte.

Englands Kohlenwirtschaft. Die englische Kohle wird durch die Befehlsbehörde für uns von großer wirtschaftlicher Bedeutung. Daher ist es besonders interessant, die neueste britische Kohlenstatistik kennenzulernen, die in dem letzten Bericht der Kohlenkommission geboten wird. Danach beträgt der Verbrauch Englands an heimischer Kohle jährlich 162 Millionen Tonnen, wovon 53 Millionen auf die Fabriken, 29 Millionen Tonnen auf die Stahl- und Eisenindustrie, 32 Millionen Tonnen auf den Hausbrand, 18 Millionen Tonnen auf die Bergwerke, 15 Millionen Tonnen auf die Gaswerke, 13 Millionen auf die Eisenbahnen kommen. Die gesamte Kohlenenergie beläuft sich jährlich auf etwa 260 400 000 Tonnen, so daß für die Kohlenausfuhr etwa 93 Millionen Tonnen übrig bleiben.

Musik. Mittwoch um 1/2 9 Uhr findet in der Singakademie die Aufnahme der Donauisländer Kammermusik von Hindemith und Krenek durch 13 Mitglieder des Frankfurter Opernorchesters unter Leitung Hermann Scherchens statt.

Ein Kanonenboot. Die holländische Regierung hat den Ankauf zweier neuen Kanonen beschlossen, die in den nächsten Tagen eintreffen werden. Sie sollen gelegentlich des bevorstehenden Geburtstages der Königin, erstmals Verwendung finden. Rücksicht zu dem Kanonenbooten bei der Geburt der Prinzessin hatte man sich von Frankreich zwei Kanonen aus Reuilly ausleihen. Republikanische Kanonen dienen also zu monarchischen Demonstrationen.

3000 Jahre alte Pyramide. Bei den Bergbauarbeiten der Schächte des ägyptischen Königsgrabes bei Theben wurden Überreste aus Stein gebildet, die wohl die ältesten Konturen in der Welt darstellen dürften. Wenn sie auch nicht gerade zum Verzeihen verdienen, so sind sie doch in vorzüglich erhaltenem Zustand. Die Steine befinden sich in Behältern von zylindrischer Form und gleichen im Aussehen großen Ölkannen. Sie haben 3300 Jahre in der Erde geruh.

Trauerersonntag in Kahrbayern.

Die Fahnenweiche der Hitterschen Nationalsozialisten, die weder national noch Sozialisten sind, mußte vertagt werden, da ihre nationale Gesinnung anscheinend nicht stark genug ist, um sie selbst in diesem Augenblick von Torheiten abzuhalten. Was in der Ordnungsgasse des Herrn Kahr in diesen Tagen vorgeht, mögen einige Momentbilder vom Protestsonntag in München zeigen. Es scheint, daß ein Teil des Publikums nicht wußte, gegen wen sich der Protest richten sollte. Aber solche Verwechslungskomödien gehören wohl zum unvermeidlichen Requisite der bayerischen Registre, bei denen über die Begriffe „Tragödie“ und „Komödie“ die anmutigste Verwirrung herrscht.

I.

Die Träger der republikanischen Fahnen, die die grüne Landespolizei mit einem kleinen Teil des Juges der Funktionäre der freien Gewerkschaften auf den Odeonsplatz ließ, umstehen ein dort stehendes Denkmal. Der Vorsitzende des Gewerkschaftsvereins verläßt, auf den Stufen des Denkmals stehend, den Schluß der Demonstration der freien Gewerkschaften gegen den französischen Einbruch ins Ruhrgebiet und schließt mit einem Hoch auf die Deutsche Republik.

Während die Landespolizei den größeren Teil des Juges der Funktionäre, der durch die plötzliche Unterbrechung seitens der Polizei nicht mehr auf den Odeonsplatz gelangen konnte, plötzlich und ohne jegliche Veranlassung mit dem Bajonett auseinandertrieb, stürzte sich die von der Feldherrnhalle kommende, nach Tausenden zählende Menge der Hakenkreuzler, Monarchisten, Kothach-Leute und sonstige Radikaler unter ungläublichen Schmährufen auf die Republik von der Briener Straße her auf die von der Landespolizei von der Mehrheit ihrer Genossen abgeschnittene Gruppe der Fahnenträger.

Ein Generalmajor a. D. in Friedensuniform, den die Deutsche Republik mit hoher Pension aushält, ruft, die Hand am Säbel, die mit Knäpeln und Stöcken bewaffnete Menge auf, die „Schandflegel herunterzureißen und die Schweinekaputz zu schlagen!“

Mit den Rufen: „Kothach-Leute vor! Auf die Judentafel!“ feuert ein Herr, den Zylinder auf dem Kopf und einen Gummiknäppel in der Hand, die tobstüchtig gewordene Bande zum Angriff an.

Die Polizei aber ist damit beschäftigt, den abgetrennten Teil der Arbeitervertreter mit dem Bajonett in alle Seitenstraßen zu versprengen. Die angegriffene Fahnengruppe wird ihrem Schicksal überlassen.

II.

Ein alter Arbeiter, bar jeglicher Waffe, wird von einer Rote junger Bürgchen angegriffen, zu Boden geworfen und mit genagelten Stiegele, Gummiknäppeln und Stahlruten bearbeitet.

Er hatte beim Koffee „Luitpold“ einer „gebildeten Dame“, die unter die sich kämpfend zurückziehenden Arbeiter „gemeines Paf“ gerufen hatte, die zweckentsprechende Antwort auf eine derartig gemeine Beschimpfung gegeben.

Reichsregierung die Abwehr des Rechtsbruches erleichtern kann. Er weist aber gleichzeitig mit allem Ernst darauf hin, daß nationale Ausschreitungen sowohl innerhalb des Ruhrreviers als im unbesetzten unterbleiben, um nicht die Stimmung der dortigen Arbeitermassen ungünstig zu beeinflussen.

Ueber die behauptete polnische Gefahr befragt, erklärte Genosse Severing, daß nach seinen Ermittlungen eine bedrohliche Zusammenziehung von polnischen Truppen in Oberschlesien nicht zu erkennen sei. Vielmehr sei dort alles ruhig. Versuche, in Deutsch-Oberschlesien neue illegale Freikorps zu gründen, würden von den Behörden restlos unterdrückt. Das gleiche sei in Ostpreußen der Fall, wo Volkstumabenteurer ähnliche Versuche unternommen hätten. Auch dort ist mit ihnen reiner Tisch gemacht worden.

Ein gutes Geschäft für Deutschland.

Essen, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgte nach Poincaré, um die Kohlenverteilung neu zu regeln, insbesondere, um Frankreich in den Besitz der ihm vertraglich zustehenden Kohle zu bringen. Trotz aller Bajonette war es den Franzosen bisher aber nicht möglich, die Kohlenverteilung neu zu regeln, viel weniger die rückständige Menge auszureiben. Nicht eine Tonne Kohle hat Frankreich seit seiner Befehlsaktion erhalten. Dagegen wurden in das innere Deutschland pro Tag durchschnittlich 8000 Waggons Kohle mehr befördert, als vor der Befehlsaktion des Ruhrgebietes. Bevor Poincaré das Ruhrgebiet besetzen ließ, erhielt Frankreich monatlich auf Grund des Spaer Abkommens rund 70 000 Tonnen Kohle auf Kosten Deutschlands. Es erhielt ferner umfangreiche Holzmassen, Barzahlungen und dergleichen mehr. Mit dem Zeitpunkt der rechtswidrigen Befehlsaktion deutscher Gebiete hat alles das aufgehört. Die sogenannte „wirtschaftliche“ Wohnnahme mit Kanonen und Gasmasken erwies sich als unproduktiv und wird sich weiterhin als unproduktiv zeigen, solange man glaubt, mit ihnen produzieren zu können. Neue Gewoist bedingt schließlich nur neue Kosten, die für den Wiederaufbau Nordfrankreichs besser verwendet würden.

An Eingriffen und Konflikten

hat es auch in den letzten 24 Stunden nicht gefehlt. Die Bahnhöfe Steier, Weiderrich-Süd, Dulsburg, Mühlheim und Oberhausen haben infolge französischer Eingriffe ihren Betrieb eingestellt, so daß Störungen im Eisenbahnverkehr die Folge sind. Besonders schwer wird sich die Arbeitseinstellung auf dem Bahnhof Oberhausen bemerkbar machen. Das Postamt in Hörde wurde heute nachmittags plötzlich von Franzosen besetzt. Jeder Verkehr ist unmöglich gemacht. Der Grund der Befehlsaktion liegt in einem Konflikt mit dem Postpersonal, das sich geweigert hat, eine Telefonleitung zu bauen. Durch weitere Eingriffe der Befehlsgruppe ist die Telegrammannahme beim Telegraphenamt Essen nach 11 Uhr abends unterbrochen, da der Haupteingang zur nächsten Telegrammannahme durch die Maßnahmen der Befehlsgruppen verschlossen gehalten wird. Es braucht kaum noch einmal gesagt zu werden, daß die Dienstverweigerungen der Postangestellten auf einheitliche Anweisungen des Reichspostministers zurückzuführen sind. Bezeichnend ist folgender Fall: Telegraphendirektor Meyer in Horst-Emscher hat die französische Telegraphenverbindung abnehmen lassen. Ihm wurde darauf gedroht, daß er jetzt eingezogen und nach Frankreich gebracht und nach französischen Befehlen, die wegen Sabotage eine Bestrafung von mindestens zehn Jahren vorsehen, abgeurteilt würde. Der Telegraphendirektor hat diese Drohung dem Ministerium mitgeteilt und der Minister hat darauf nochmals betont, daß seinen Befehlen Folge zu leisten ist. Als Beleg für die Stimmung der Bevölkerung mögen einige

Nachdem der etwa sechzigjährige, am Boden Liegende schier bis zur Unkenntlichkeit hergerichtet war und versuchte, sich schützend über den Kopf zu erheben, wurde er neuerdings zu Boden geschlagen. Zwei Polizisten, die in etwa 15 Meter Entfernung den ganzen Vorgang vom Trottoir aus, die Hände in den Manteltaschen, beobachteten, wandten sich nun an die bewaffnete Lausbuben-Gesellschaft und meinten, „nun sei es doch genug!“ Selbstverständlich sah die Polizei auch hier keine Veranlassung gegeben, die nach bayerischer Verordnung doch verbotenen Waffen an sich zu nehmen.

III.

Einer der Fahnenträger hat sich mit anderen und mit vieler Mühe und Not aus dem Hegenkessel am Odeonsplatz in die Briener Straße gerettet. Als er sich laufend der Postenkette der grünen Polizei nähert, um sich seine zahlreichen Verfolger vom Halbe zu schaffen, machen diese Miene, ihn aufzuhalten. Er überrennt zwei dieser sauberen Republikbeamten, wird aber gleich darauf von einem besseren Herrn mit Degenstoch mit Erstickung bedroht. Es gelingt ihm, mit seinem halben Fahnenstück den Degenstoch beiseite zu schlagen. Dabei kommt er aber zu Fall und wird nun von grüner Polizei und dazumotenden Hakenkreuzern barbarisch mißhandelt.

Grüne Polizisten zersehen unter nicht wiederzugebenden Ausdrücken die deutsche Reichsflagge; einige Lausbuben stopfen die Taschen als billige Trophäen und triumphierend in ihre Manteltaschen.

IV.

Ueber den Stachus zieht ein Trupp von etwa sechzig Funktionären; die Fahne lümmelt.

Gleich einem Rudel Raubtiere umschwärmen Hunderte von uniformierten Hakenkreuzern und wie Wilde sich gebärdend den Trupp. Kommandos ertönen: „Sammeln!“ — ein Pfiff und von allen Seiten dringen die „Teutschen“ mit Gummiknäppeln, Säcken, Reitpeitschen und sonstigen Bedarfsartikeln auf die meistens nicht einmal mit einem Spazierstock bewaffneten Beschützer der Reichsflagge ein.

Diese ermehren sich des Ungeheuers mit den Häuten so gut es geht und versuchen, möglichst gefastoffen vorwärts zu kommen.

Plötzlich stürzt sich vom Gehsteig weg ein Offizier in Friedensuniform auf den Trupp, reißt den Säbel heraus und haut wie verrückt unter die ihres Weges ziehende Truppe. Er hat es vor allem auf den „Saufseher“, die Reichsflagge, abgesehen, und es gelingt ihm auch unter entsprechender Assistenz zweier Hakenkreuzerhaufer, den Fahnenstange abzuschlagen. Ein wohlhabender Fräulein eines hühnerhaften Funktionärs hat dem uniformierten Lumpen die Lust und Möglichkeit zu weiteren „Taten“ genommen.

So stellen sich diese Herren die „Einheitsfront“ vor, so sorgt man in Bayern dafür, daß auch das Ausland seine Gaudi hat. Vielleicht besinnt sich die bayerische Regierung jetzt endlich darauf, daß nicht alles Gold ist, was in der Gnadenzone Bayerns glänzt.

weitere Momentbilder folgen. In Essen besetzen in der Nacht zum Dienstag 30 bis 35 französische Soldaten einen Zug. Der Lokomotivführer weigerte sich darauf, die Fahrt fortzusetzen, und die deutschen Ziviltreisenden verließen den Zug, der stehen blieb. Die Franzosen blieben bis heute morgen sitzen, um dann den Zug zu verlassen. Die eben erst fertiggestellte Telephonleitung nach Paris wurde im Laufe des heutigen Tages durchschnitten. Heute früh fand vor dem Hotel Kollerhof eine Demonstration statt. Als die Franzosen telephonisch Militär herbeirufen wollten, wurden sie im Hotel nicht verbunden.

Auch außerhalb des neu besetzten Gebiets

fehlt es nicht an Komplikationen. Die Beamten des Hauptzollamts Mainz und der ihm unterstehenden Zollämter in Mainz und Gustavsburg haben gestern vormittag ihre Dienststellen verlassen. Bei der Regierung in Wiesbaden erschien heute der Vorsitzende der französischen Forstkommmission Lunau, um sein Amt anzutreten. Der leitende preussische Beamte lehnte seine Aufforderung zur Mitarbeit auf Grund der Regierungsvorladung ab. Aus dem gleichen Grunde wurde von den Registraturbeamten die Herausgabe der Akten verweigert. Das Gebäude wird von französischer Gendarmrie bewacht. Regierungsdirektor Matthäus Spener, der Stellvertreter des gestern aus Spener ausgewiesenen Regierungspräsidenten von Chingensperg, ist gestern abend kurz nach 6 Uhr verhaftet worden. In Wachen wurden am Sonnabend bei der Reichsbank 62 Millionen Mark von der Befehlsbehörde entnommen. Bei einem zweiten Eingriff wurde die Reichsbank durch die Beamten und Angestellten geschlossen. Bei zwei weiteren Großbanken wurden Beträge von 3,8 und 5 Millionen Mark Requisitionsgelder beschlagnahmt. Am Montag versuchten die Befehlsbehörden auch auf den Kassen der Finanzämter zu rekurrieren. Es wurde jedoch auf einen Amt überhaupt kein, auf einem anderen nur ein ganz geringfügiger Betrag vorgefunden. Finanzamt 2 (Wachen-Land) ist geschlossen, im Finanzamt 1 (Wachen-Stadt) haben die Kassenbeamten den Dienst eingestellt.

Die Sammlungen für das Ruhrrevier

das sich bekanntlich durch die französische Invasion in einer Notlage befindet, haben inzwischen allenthalben im Deutschen Reich eingesetzt. So haben z. B. der Präsident und die Mitglieder, Beamten, Angestellten und Arbeiter der Breslauer Regierung einstimmig beschlossen, auf drei Prozent ihrer Dienstbezüge zu verzichten, um sie der in Not befindlichen Bevölkerung des Ruhrgebietes zur Verfügung zu stellen. Eine ähnliche Hilfsaktion haben Leipziger Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände in die Wege geleitet. Eine vom Stuttgarter „Neuen Tagblatt“ mit 100 000 M. gestern früh eingeleitete Sammlung zugunsten der Ruhrländer hatte in den Nachmittagsstunden bereits über vier Millionen Mark ergeben. Aber auch das Ausland verlagert nicht. Die Deutschen Chiles haben eine Sammlung für die Ruhrkämpfer eingeleitet. Die erste Rate von 1000 Dollar — nach dem heutigen Stand der Mark 20 Millionen Mark — ist dem Reichskanzler per Kabel überwiesen worden. Das Central Relief Committee New York ließ an Oberbürgermeister Luther in Essen 500 der bekannten Lebensmittelpakete überweisen. Die Spende hat einen Wert von etwa 75 Millionen Mark und wird als Eilgut nach Essen gehen. Ein Schweizer, der in Deutschland seine zweite Heimat gefunden hat, hat 10 Millionen, ein Deutschamerikaner 4 Millionen Mark gespendet. Zu erwähnen ist schließlich noch, daß das Ostpreussische Braunkohlenyndikat in Berlin und das Mitteldeutsche Braunkohlenyndikat in Leipzig dem Reichskanzler für die Ruhrbergleute einen Betrag von einer Milliarde Mark zur Verfügung gestellt hat.

Gewerkschaftsbewegung

Die Portierlöhne.

Der Deutsche Portierverband, Sektion 7 des Verkehrsverbundes, schreibt uns:

Zu den am schlechtest entlohnten Proletariern gehören zweifellos die in Wohnhäusern tätigen Portiers. Von einer Entlohnung kann im eigentlichen Sinne des Wortes überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Nach Inkrafttreten des Reichsmietengesetzes wird die Bezahlung der Portiers aus den Verwaltungskosten bestritten. Die Höhe der Bezahlung der Portiers wurde durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin festgelegt. In einfachen Wohnhäusern werden 26 Proz., in Häusern mit besonderen Einrichtungen, sofern diese in Gebrauch sind, 40 Proz. von den Zuschlägen zur Grundmiete zur Deckung der Verwaltungskosten als Entlohnung festgelegt. Diese festgelegten Sätze können jedoch nicht als Entlohnung, sondern nur als ein Minimum betrachtet werden. Trotz alledem gibt es noch eine ganze Reihe von Hausbesitzern, die sich weigern, ihren Portiers diese Bezahlung zu zahlen, da dieser Schiedsspruch bisher nicht verbindlich erklärt worden ist. Beinhaltet der Portier die Arbeit ab, so ist die Folge Kündigung resp. Räumungsklage. Solange die Portierentlohnung aus den Verwaltungskosten bestritten wird, so lange wird auch der Portier für Bezahlung der Verwaltungskosten arbeiten müssen. Genau wie für Portiers in Geschäften, und Industriebetrieben die Entlohnung aus den Verwaltungskosten herausgenommen ist, muß auch die Entlohnung der Wohnhausportiers aus den Verwaltungskosten herausgenommen werden und eine tarifliche Entlohnung muß dafür eintreten.

Einige Beispiele dafür als Beweis:

Einfaches Haus mit 3 Aufgängen:
Friedensmiete 15 750 M. minus 20 Proz. gleich Grundmiete 12 600 M. gleich monatliche Grundmiete 1050 M.; Verwaltungskosten 250 Proz. gleich 2625 M., davon 25 Proz. für Portierentlohnung gleich 656,25 M. Monatliche Arbeitszeit 75 bis 80 Stunden gleich neun Mark Stundenlohn. Diese monatliche Entlohnung entspricht zurzeit dem Wert von einem halben Pfund minderwertiger Margarine.

Haus 3 Aufgänge mit Warmwassererwärmung.
Friedensmiete 21 240 M. minus 23 Proz. gleich Grundmiete 16 354,80 M. gleich monatliche Grundmiete 1362,90 M.; Verwaltungskosten 300 Proz. gleich 6387,00 M., davon 40 Proz. für Portierentlohnung gleich 2554,80 M. Monatliche Arbeitszeit 125 bis 140 Stunden gleich 12 M. Stundenlohn. Oder die monatliche Entlohnung entspricht dem Wert von einem Pfund Margarine.

Verhältnisses Haus, 3 Aufgänge, Fahrstuhl, Zentralheizung und Warmwassererwärmung.
Friedensmiete 54 200 M. minus 32 Proz. gleich Grundmiete 36 856 M. gleich monatliche Grundmiete 3071,35 M.; Verwaltungskosten 400 Proz. gleich 21 688,00 M., davon 40 Proz. für Portierentlohnung gleich 8675,20 M. Monatliche Arbeitszeit 300 bis 420 Stunden gleich 12 M. Stundenlohn. Oder die monatliche Entlohnung entspricht dem Wert von drei Pfund Margarine. (Die Margarinepreise sind inzwischen überholt so daß jetzt Margarine zu diesen Preisen, wie hier berechnet, nicht mehr zu haben ist. D. Red.)

Alle möglichen Wege hat der Deutsche Portierverband schon beschritten, um endlich zum Ziel, d. h. zu einer auskömmlichen Entlohnung zu gelangen, überall jedoch Hindernisse. Hier kann nur größte Mühe und Ausdauer gegenüber allen Hissen, die es verflüchten, diesem Kampf erfolgreich zu begegnen. Der Portier und Hausbesitzer hat genau dasselbe Recht, einen Lohn für seine Arbeit zu erhalten wie jeder andere Proletarier. Leider fehlt es von den mehr als 50 000 Portiers und Hausbesitzern diesen an dem nötigen Mut und der Energie, für die gerechten Forderungen mitzukämpfen, d. h. sich der Organisation anzuschließen. Die Wohnungsnot kann und darf jedoch nicht weiter benutzt werden, um die Portiers zu Sklaven zu machen, die für jeden Hungerlohn frönen müssen. So wie bisher geht es nicht weiter. Eine derartige niedere Entlohnung wächst sich nachgerade zu einem öffentlichen Skandal aus.

Neue Verhandlungen über die Reichslöhne.

Die Spitzenorganisationen der Beamten und Arbeiter des Reiches, des Staates und der Gemeinden haben sich am Sonntag mit den Vorbereitungen für die kommenden Gehalts- und Lohnverhandlungen beschäftigt. In bürgerlichen Blättern konnte man lesen, daß die Organisationen sich im Hinblick auf die innen- und außenpolitische Lage des Reiches dieses Mal mit „ungünstigen Zusammenhängen“ abfinden würden. Der kommunistischen Presse genügte dieser Schwindel, um mit „Gehalt“ über die Gewerkschaften heranzufallen und sie, wie üblich, als „Veräulert“ zu verzeichnen. In Wirklichkeit ist natürlich ein solcher Beschluß nicht gefaßt worden. Die Gewerkschaften werden, wie bisher, so auch jetzt, das fordern, was ihre Angehörigen zum Leben benötigen.

Der Reichsfinanzminister hat die Spitzenorganisationen morgen, Donnerstag, zu neuen Verhandlungen eingeladen.

Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe.

Die mehrwöchigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen über einen neuen Reichstarif 1923 waren ergebnislos verlaufen, weil der Arbeitgeberverband die bisherigen allgemeinen Tarifbestimmungen verfeinern wollte. Ein im Reichsarbeitsministerium gebildeter Schlichtungsausschuss hat nun am 20. Januar einen einstimmigen Schiedsspruch gefällt. Die vom Arbeitgeberverband verlangte unterchiedliche Bezahlung nach Versicherungszweigen, eine Verlängerung der Arbeitszeit und eine Berücksichtigung der Urlaubsbestimmungen wurden abgelehnt. Verschiedene Verbesserungsanträge des Zentralverbandes der An-

Allgemeine Funktionär-Versammlung

heute, Mittwoch, den 24. Januar, abends 6 Uhr, im „Deutschen Hof“, Ludauer Straße 15.

Tagesordnung:

Das Kohlenreparationsproblem und der Gewaltakt auf das Ruhrgebiet. Referent: Genosse Heinrich Köppler.

Ausprache des Genossen Charles Roden Burton, Mitglied des englischen Unterhauses.

Die für heute abend bekanntgegebenen Parteiveranstaltungen finden ebenfalls statt. Soweit die Parteifunktionäre dort unabkömmlich sind, wird für die Funktionärerversammlung eine Vertretung zugelassen.

gestellten sind berücksichtigt worden: so sollen u. a. die getrennten Tarife für Direktionsangestellte und Angestellte in Generalagenturen künftig in Bezug kommen; der Gehaltsabstieg bei weiblichen Angestellten wurde abgelehnt und die Gehaltsabstufung um 5 Jahre vergrößert. Die Gehälter sollen künftig allmonatlich zentral festgelegt werden. Die Parteien haben sich bis zum 25. Januar über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären. Zurzeit unterliegt der Schiedsspruch der Abstimmung durch die Versicherungsangestellten.

Lohnregelung im Ruhrbergbau.

Essen, 23. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag fanden in Essen die Verhandlungen über die Erhöhung der Bergarbeiterlöhne für das Ruhrgebiet statt. Die mehrwöchigen Verhandlungen führten zu folgendem Ergebnis: Für die Zeit vom 16. bis 31. Januar 1923 soll für alle 20jährigen und darüber hinaus eine Ausgleichszulage von 9000 M. bezahlt werden, für alle 19jährigen 8000 M. vorgezogen, für alle 18jährigen 7000, für alle 17jährigen 6000, für alle 16jährigen 5000 und für alle 14- und 15jährigen 4000 M. Für das Alter ist maßgebend der 31. Januar 1923. Jeder Hausstandsgeldempfänger erhält außerdem für diese Zeit 1000 M., jeder Kindergeldempfänger für jedes Kind gleichfalls 1000 M. Die Auszahlung der vorstehenden Summen erfolgt in der Zeit vom 1. bis 3. Februar 1923. Am 1. Februar 1923 tritt die Erhöhung des Soziallohnes um 130 auf 280 M., ein, ferner eine Erhöhung des durchschnittlichen Leistungslohnes um 3000 M. Das ist eine Erhöhung der Januarlöhne um 77,77 Proz. ohne die Ausgleichszahlung.

Außer dieser Lohnregelung für den Steinkohlenbezirk ist in Essen auch die Lohnregelung für den Braunkohlenbezirk in Köln in derselben Höhe und für den Braunkohlenbezirk Aachen in Höhe von etwa 90 Proz. der vorstehenden Abmachungen erfolgt. Am Donnerstag finden in Berlin die Verhandlungen für die übrigen deutschen Bergbauereviere statt. Die Lohnverhandlungen verliefen diesmal vollkommen glatt und ruhig.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft flau. Fische ziemlich ausreichend, Geschäft rego. Obst und Gemüse reichlich, Geschäft mäßig.

Am Dienstag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 1000—1750 M., ohne Knochen 1750—2475 M. Schweinefleisch 2000—3000 M. Kalbfleisch 1000—1400 M. Hammelfleisch 1600 bis 2050 M. Ferkelfleisch 2500—3750 M. Schaffelfleisch 400—600 M. Koblau 550—625 M. Dorsch 425—450 M. Rotzungen 475—510 M. Grüne Heringe 550—600 M. In Eis: Schleihe 700—800 M. Hechte 800—850 M. Bleie 580—630 M. Lebende Scholle 1000—1125 M. Hechte 975—1050 M. Karpfen 900—1000 M. Zander 1100—1200 M. Eier 160 M. das Stück. Naturbutter 3500—4200 M. Margarine 1800—2400 M. Schweineschmalz 3800—3850 M. Weizkohl 60—75 M. Wirsingkohl 100—110 M. Rotkohl 120 M. Kartoffeln 150—185 M. 10 Pfund. ESapfel 80—140 M. Äpfel-säuren 180 M. das Stück.

Die Zuständigkeits-Gehaltsgrenze.

Die Zuständigkeitsgrenze für Angestellte bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten liegt seit November immer noch bei 840 000 M. Jahresgehalt. Trotz mehrfacher Eingaben der Na-Verbände war das Reichsarbeitsministerium bisher nicht zu bewegen, eine Erhöhung dieser Grenze vorzunehmen. Da der weitest große Teil der Angestellten bereits mehr als 70 000 M. im Monat an Gehalt bezieht, ist für diesen Teil die Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nicht mehr gegeben. Diese Angestellten müssen sich nötigenfalls an die ordentlichen Gerichte wenden; damit geht ihnen jedoch die billige, schnelle und soziale Rechtspflege der Kaufmanns- und Gewerbegerichte verloren. Wenn sich das Reichsarbeitsministerium nicht halb entschließt, dem Reichstage einen entsprechenden Gesetzentwurf zuzustellen, wird dieser selbst die Initiative dazu ergreifen müssen.

Achtung, Bauarbeiter und Zimmerer! Das Lohnabkommen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbauergewerbe für die zweite Januarhälfte hat nur die Zustimmung der Arbeitgeberorganisationen erhalten. Die beteiligten Arbeitnehmerverbände haben das Bezirkslohnamt angerufen. Die Verhandlungen finden noch im Laufe dieser Woche statt. Soweit und soweit bekannt geworden ist, haben die Arbeitgeberverbände durch Mund-zu-Mund-Anweisung gegeben, daß der am 16. Januar auf dem Wege freier Vereinbarung zustandgekommene Lohn am kommenden Freitag zur Auszahlung gelangt. Laugenerklub, Laugenerklub, Laugenerklub Berlin.

Für die Handelsreisenden im Einzelhandel ist am Montagabend in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband eine Verkleinerung erzielt worden. Auf alle Dezemberlöhne erfolgt bis zum 15. Januar eine Zulage von 100 Proz. Die Löhnerträge sind ab Freitag beim Deutschen Verkehrsband, Engelauer 24/5, Zimmer 31, gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Betriebsrat und Arbeitsrecht.

In einer Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit fällt den Betriebsräten die schwere Aufgabe zu, die Interessen ihrer Kollegen in den Betrieben unter Einsatz aller Kräfte zu wahren. Daß dies notwendig ist, ist als selbstverständlich in den Kreisen der organisierten Arbeiter- und Angestelltenkreise wohl bekannt. Unteruchen wir aber, warum manche arbeitserneuerliche Streitfälle für unsere Kollegen unglücklich auslaufen, so finden wir, daß hinsichtlich der zur Wahrung der Interessen dienenden Rechtsmittel noch vielfach Unklarheit besteht.

Gegen diese Unsicherheit anzukämpfen, die Arbeiter- und Angestelltenkreise für ihren Kampf gegen das Unternehmertum zu rufen, ist die vornehmste Aufgabe der freigeistlichen Betriebsräte. Ihre in der Woche vom 28. Januar neu beginnenden Unternehmerräte enthält eine große Anzahl arbeitserneuerlicher Kräfte, durch deren Besuch die Arbeiter- und Angestelltenkreise des modernen Betriebs und auch der Sozialversicherung kennen lernen können. Für besonders vorgeschritten ist ein arbeitserneuerliches Seminar in Form von Vorträgen und Besuchen. Wir dürfen nicht die Coordination arbeitserneuerlicher Kräfte den Arbeitgebern und ihren Syndikatsberatern lassen. Aus unseren eigenen Reihen wollen wir dem Unternehmertum geschulte Kräfte gegenüberstellen.

Überprüfen zum Teile von 20 M. (für Arbeitlose unentgeltlich) und Unternehmerräte werden in der freigeistlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24-25, 2. Hof, 1. Et., ausgeben. Dort finden auch, außer in den Dinerstunden, Montags und Freitags von 4-7 Uhr Sprechstunden-Büros für Betriebsräte statt.

Achtung, Fabrikarbeiter! Wir weisen unsere Parteigenossen und Freunde auf die heute abend 7 Uhr stattfindende Parteiverammlung im Saal des Bezirksklub, Kottbuscher und Oberbaumstraße hin. Es ist Pflicht der in Frage kommenden KPD-Genossen, die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes sind, diese Versammlung vollständig zu besuchen. Der Fraktionsvorsitzende.
National-Registrieren-Betriebsrat. Freitag nachmittag 4 Uhr bei Stephan, Reptom, Gedächtnis 1. Versammlung aller KPD-Arbeiter und Angestellten beider Werke (Kottbuscher Straße und Reptom, Weigandstr.). Wichtige Tagesordnung. Partei- und Gewerkschaftsausweis festzustellen. Der Fraktionsvorsitzende.

Kaffee, Morgen, Donnerstag, 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 3, Sektionsversammlung. Vortrag des Genossen H. B. über „Das Arbeitsrecht“. Schriftlicher Bericht erwartet die Sektionsleitung.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirk 3, Sektionsrat. Donnerstag 6 Uhr im Märkischen Hof, Admiralsstr. 15b, Versammlung aller im Bezirk wohnenden Mitglieder.

Sollführer, Gewerkschaftliche Betriebsräte-Versammlung. U. G. O. Redaktionsstelle 1. Berlin, Engelauer 24, part. Ab 1. Februar wird unser Bureau werktäglich nur noch von morgens 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr und Dienstags von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr für den Publikumsverkehr geöffnet sein.

Wetter bis Donnerstag mittag. Anfangs besonders im Binnenlande viel heiler, Temperatur in der Höhe des Wolkenpunktes, dann mehrmals fortwährende Grundnebel, zunehmende Bewölkung und westliche Winde.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schim, Berlin; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Verlagsgesellschaft m. b. H. Berlin. Druck: Normals-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Circus 1. Auflage.

Hautauschlag, offene Züke (Krampfadern)

auch veraltete Wunden, heilt die milde und wohltuende Sanitätsrat Dr. Strahl's Haussalbe
Elefant-Apothek, Berlin SW 3, Leipziger Str. 74 (Ebnboffplatz).

Theater, Lichtspiele usw.
Opernhaus 7 1/2 Uhr: **Mona Lisa**
Volksbühne 7 1/2 Uhr: **Verschwendter**
Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: **Macbeth**
Lessing-Th. 7 1/2 Uhr: **Geschäft ist Geschäft**
Deut. Künstler-Th. 7 1/2 Uhr: **Alte Dörche in Flammen**
Deutsch. Theat. 7 1/2 Uhr: **Der Meistergatte**
Kammerspiele 7 1/2 Uhr: **Der Kreis**
Gr. Schauspielth. 7 1/2 Uhr: **Die 16-jährige Jungfrau**
Kleines Th. 7 1/2 Uhr: **Das schwarze Waldmädchen**
Die Dommorischen Lustspiele 7 1/2 Uhr: **Die 16-jährige Jungfrau**

Deutsch. Opernhaus 7 1/2 Uhr: **Die Fledermaus**
Central-Theater 7 1/2 Uhr: **Die schwarze Rose**
Walthalla-Th. 7 1/2 Uhr: **Die schwarze Rose**
Admirals-Varieté 7 1/2 Uhr: **Das neue Programm!**
Admirals-Konzert Sonntag, den 28. Januar 12 Uhr: **Konzert der Kammermusikvereinigung der Kapelle der Staatsoper**
Lula Mysz-Gmeller

Romische Oper (7 1/2 Uhr) Dir.: James Klein (7 1/2 Uhr) Internat. Revue in 25 Bildern
Europa spricht davon 200 Mitwirkende! 6 Balletts!
Central-Theater 7 1/2 Uhr: **Die schwarze Rose**
Walthalla-Th. 7 1/2 Uhr: **Die schwarze Rose**
Admirals-Varieté 7 1/2 Uhr: **Das neue Programm!**
Admirals-Konzert Sonntag, den 28. Januar 12 Uhr: **Konzert der Kammermusikvereinigung der Kapelle der Staatsoper**
Lula Mysz-Gmeller

Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: **Erika Glasner in Sissi**
Circus Busch 7 1/2 Uhr: **Die neue Manège-Sensation**
Fremdenlegionär Vorher das rr. Circus-Programm, 8 1/2 Uhr
Reichshallen-Th. Täglich 7 1/2 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr: **halbe Preise STETTINER Säng. Enbolf-Breit!**
Elite-Sänger Der große sensationelle Erfolg! Die Verkönnung
Varieté-Spielplan Kauden gestaltet!

Der Blaue Vogel Goldstr. 9, Nollendorf 1013
Alte Dörche Das 3. Programm
Urania Theater 8 Uhr: **Wunder des Schneeschuhes, Kl. San 5 1/2**
Zielka Friedr. Str. 60, Ecke Leipziger Str.: **Reiters Spiele u. Margaretenaal** 7 1/2 Uhr
Arnold Rieck Melitta Klefer u. das rr. Januar-Programm 4 1/2 Uhr: **Nachmittags-Vorstellungen**
Theater des Ostens (Kosse-Theater) Floriansbodenzell

Kahlbaum Vitore & Weine
SEIT 1815
Kahlbaum Vitore & Weine
besonders kräftigend und erfrischend
Krauter-Franzbranntwein
Kopp & Joseph
Berlin W 50
Friedrich-Str. 39

Not und Elend in Berlin.

Die fünf-Milliarden-Vorlage des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung hat nicht nur bei den Stadtvätern, sondern auch in weiten Kreisen, namentlich der arbeitenden Bevölkerung, eine gewisse Erregung hervorgerufen.

Die Anzahl der Unterstühtungen.

In der Wohlfahrtspflege befanden sich im Monat Dezember 26 000 laufend und 6000 einmalig unterstühtete Personen, von denen unca. die Hälfte des 70. Lebensjahr überschritten hat und allein auf die Hilfe der Stadt angewiesen ist.

Table with 2 columns: Category (e.g., Für laufende Unterstühtungen) and Amount (e.g., 200 Mill. M.).

Dem Essen der Volksspeisung werden an 6000 Personen täglich unentgeltlich und an rund 3000 Personen täglich für den halben Preis der Selbstkosten Mitterportionen abgegeben.

Weitere Zuschüsse.

Zu diesen rund 366 Millionen Mark kommen weitere 104 Millionen Mark als Zuschüsse für Sozialrentner, Witwen- und Waisenrentner.

Die Erwerbslosenfürsorge erfordert für das Etatsjahr 60 Millionen Mark. Dieser Betrag dürfte ausreichend sein, wenn das Heer der Erwerbslosen nicht allzu stark answillt.

Jugendwohlfahrt und Krankenpflege.

Die Jugendwohlfahrt hat in Berlin wichtige Aufgaben zu erfüllen. 6699 Fürsorgezöglinge und 10 000 Waisenkinder sind zu betreuen.

Anforderungen für das Obdach.

Ein Kapitel für sich bildet das städtische Obdach in der Fröbelstraße. Für das Obdach, Familienheim und Krankenstationen, sind für den Schluss des Etatsjahres noch über 100 000 000 M. über die Etatsmittel hinaus erforderlich.

Die Anstalten der Stadt und die privaten Einrichtungen und Stiftungen sind an der Peripherie oder in Vororten gelegen und verbergen die Not ihrer Insassen.

nicht verkommen und verhungern lassen. Auch die private Wohltätigkeit kann und muß ergänzend helfen. Hier bietet die Winterhilfe Gelegenheit.

Straßenbahn und Reichsbahn.

Der Vorstand des Deutschen Städtebundes hat mit Rücksicht auf die Notlage, in der sich ein großer Teil der deutschen Straßenbahnen befindet, eine Eingabe an das Reichsverkehrsministerium gerichtet.

Zum Schluß wird gebeten, die Tarifpolitik der Reichseisenbahn einer Revision zu unterziehen und die Personentariife so weit zu erhöhen, daß die Straßenbahnen in der Lage bleiben, die für ihre Existenz notwendigen Tarife für ihren eigenen Betrieb durchzuführen.

Der Magistrat wird verbrannt!

Im Magistrat flieh trotz der bürgerlichen Mehrheit im Roten Hause noch immer Sozialisten. Also muß er in der bürgerlichen Presse bei jeder Gelegenheit heruntergerissen werden.

(Nachdruck verboten. Der Volk-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John des Passos.

„Die französischen Eisenbahnen sind ein Mist,“ sagte jemand. „Woher weißt du?“ schnappte Eisenstein ein, der auf einer Kiste getrennt von den übrigen saß.

auseinander da und schaute zu. Einmal sagte er irgendetwas leise zum Korporal. Fuselli glaubte das Wort „Beförderung“ zu hören, und sein Herz begann laut zu pochen.

Sie marschierten zurück in das schmutzige, braune Zimmer, wo der übrige Teil der Kompanie in ihre Mäntel eingekauert wartete.

Der niedrige Güterwagen klapperte und rüttelte monoton über die Schienen. Ein bitterkalter Wind schlug durch die Ritzen der hölzernen gepalteten Breiter des Bodens.

Als das erste Grau durch die Wände des Wagens hindurchfilterte, standen sie alle auf und stampften und pufften einander und rangen, um warm zu werden.

„Verjanes,“ sagte Eisenstein. „Hier wohnten die Könige von Frankreich früher.“

Der Zug setzte sich wieder in Bewegung. Auf der Plattform stand der erste Sergeant. „Wie habt ihr geschlafen?“ schrie er, als der Wagen an ihm vorbeirollte.

Der Sergeant lief zurück zur Spitze des Zuges und stieg ein.

Mit dem angenehmen Gefühl, daß er der Leiter sei, verließ Fuselli das Brot und die Büchsen mit Cornedbeef und Käse. Dann setzte er sich auf sein Gepäck und aß trocken Brot und Cornedbeef und piff fröhlich, während der Zug durch eine felsame, nebelig grüne Landschaft ratterte.

Es war am Nachmittag. Eine bloße, kleine Sonne hing wie ein Spielzeugballon tief unten im rötlich-grauen Himmel. Der Zug hielt in der Mitte einer rostbraunen Ebene.

Die Leute standen herum, balancierten von einem Fuß auf den anderen, stampften, um warm zu werden. An der anderen Seite des Flusses hatte ein alter Mann seinen Oasenwagen angeschlossen und sah traurig auf den Zug.

„Wo ist die Front?“ rief jemand zu ihm hinüber. „Wo ist die Front?“ rief jemand zu ihm hinüber. „Wo ist die Front?“ rief jemand zu ihm hinüber.

(Fortsetzung folgt.)

Deutschlands Hungerelend.

Der Niedergang der Volksgesundheit.

Der Preussische Landtag trat gestern in die Besprechung einer großen Anfrage über die im deutschen Volk herrschende Not und über den erschreckenden Niedergang der Volksgesundheit ein.

Wohlfahrtsminister Hirtfelder:

Seit längerer Zeit ist eine deutliche Verschlechterung des Gesundheitszustandes des Volkes als Folge des wirtschaftlichen Druckes festzustellen. Die zunehmende Kohlennot geht mir kürzlich Veranlassung, vor der Reparationskommission am 7. November auf die schwere Bedrohung der Volksgesundheit durch den Kohlenmangel hinzuweisen. Mein Referent legte dort unter Angabe genauer statistischen Materials ausführlich dar, daß seit Jahresfrist die Erkrankungs- und Todesfälle hieran beträchtlich zunehmen, und daß aus diesen und anderen Gründen schon die bisherigen Kohlenlieferungen an die Entente schwere Schädigungen der Volksgesundheit hervorgerufen hätten. Trotz dieses ernstlichen Hinweises kommt die Reparationskommission zu der ungeheuerlichen Feststellung, daß Deutschland sich eine „vorläufige Verletzung“ hinsichtlich der Kohlenlieferungen habe zuzuschreiben kommen lassen und daher mit dem unerhörten Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet „bestraft“ werden müsse.

Die enorme Geldentwertung

bedroht unsere Volksgesundheit aufs schmerzhafteste. Zahlreiche Familien können die für eine normale Ernährung erforderlichen Nahrungsmittel nicht mehr beschaffen, denn die Preise für Fett, Fleisch, Milch, Eier, ja selbst für Brot und Kartoffeln haben in der letzten Zeit eine erschreckende Höhe erreicht. Eine vierköpfige Familie braucht für den normalen Bedarf an Fett bzw. Margarine pro Jahr rund 330 000 M. Insgesamt kostet jetzt die normale Ernährung einer solchen Familie mindestens eine Million pro Jahr, die einer größeren Familie mit drei bis vier oder noch mehr Kindern daher beträchtlich mehr. Wenige Familien können solche Ausgaben für die Ernährung sich leisten. Nach den letzten Berichten aus allen Landesteilen führen zahlreiche Familien der städtischen Bevölkerung ein völliges Hungerdasein.

Todesfälle infolge Verhungerns, Selbstmorde aus Hunger und Verzweiflung mehren sich. Schon werden aus den letzten Monaten 361 Fälle von Storbis — einer ausgesprochenen Hungerkrankheit — mit fünf Todesfällen gemeldet. Das Gelpens zu nehmender Unterernährung des Volkes sieht erschreckend vor uns. Besonders bedroht sind unsere Kinder. Die Säuglingssterblichkeit nimmt seit Mitte 1922 zu. Die meisten Regierungsbezirke berichten über steigende Unterernährung der Kleinkinder und Schulfinder, die zum Teil mehr als 50 Proz. der Kinder betrifft. Ein erheblicher Teil der sechs- bis siebenjährigen Schulanfänger — in einigen Bezirken bis zu nahezu 20 Proz. — kann wegen allgemeiner Körperchwäche und Mangel an Vitaminen nicht in die Schulen aufgenommen werden. Die schlimmste Gefahr liegt neuerdings in dem enormen Mangel an Vitaminen. Hunderttausende unserer Kinder erhalten keinen Tropfen Milch mehr, da die Eltern sie nicht mehr bezahlen können. Die Tuberkulose ist im Wachsen, die Seuchengefahr steigt.

Die wirtschaftliche Not der Ärzte

bedroht gleichfalls die Volksgesundheit. Neuerlich bedenklich ist die Not der Krankenanstalten, die infolge der Teuerung vor dem Zusammenbruch stehen. Zahlreiche Säuglingsheime und Kreis-krankenhäuser haben bereits schließen müssen. Die den Krankenanstalten mit einer Milliarde gewährte Unterstützung hat nur geringe Abhilfe gebracht.

Ich werde das gesamte von mir gesammelte Material demnächst der Deffenlichkeit übergeben. Die Staatsregierung wird von sich aus alles tun, um die Weiden der Bevölkerung zu lindern. Trotzdem befürchte ich eine völlige Zerrüttung unserer Volksgesundheit, wenn uns nicht bald durch eine Herabminderung der wirtschaftlichen Bedingungen des Versailles Friedensvertrags auf ein vernünftiges und gerechtes Maß Hilfe wird. Deshalb richten wir eine ernste Mahnung an das Gewissen derjenigen Staatsmänner, die das Geschick Europas bestimmen und weisen sie auf die furchtbaren Folgen hin, die für die gesamte Kulturwelt entstehen müssen, wenn das deutsche Volk und insbesondere seine heranwachsende Generation dem Untergang entgegengeführt wird.

Abg. Dr. Weyl (Soz.):

Ich kann nur bestätigen, nicht nur aus der Erfahrung des einzelnen Arztes, sondern auch aus den Mitteilungen der Ärzte in den wissenschaftlichen Zeitschriften, daß besonders die städtische Bevölkerung gegenwärtig ein ausgesprochenes Hungerdasein führt. (Sehr wahr!) Das sind Kreise, die sich nicht nur beschränken auf Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sozialrentner und Kleinrentner. Auch große Teile des Mittelstandes, die proletarisiert sind, gehören dazu. Gerade diese Kreise sind es, die ihre Not und ihr Elend nicht in die Deffenlichkeit hinausführen. Gerade aus diesen Kreisen müssen wir Ärzte, daß hier Todesfälle aus Verhungern und Selbstmorde infolge von Hunger von Tag zu Tag steigen. Das sind Dinge, die von der Statistik nicht so erfasst werden, daß sie hier zahlenmäßig nachgewiesen werden können. Nach den Angaben des Berliner Oberbürgermeisters sind gegenwärtig in Berlin 20 Proz. aller unserer Kinder unterernährt (hörl. hörl.) und 50 Proz. tuberkulös. (Bewegung.) Dabei handelt es sich nicht nur um Kinder der Volksschulen, sondern auch um Kinder

höherer Lehranstalten. Es kommt ferner hinzu, daß gegenwärtig Millionen deutscher Familien sich nicht genügend Kohlen zur Durchwärmung ihrer Wohnung kaufen können. (Sehr wahr!)

Nun müssen wir aber auch die Rehrseite der Medaille betrachten. Wir müssen hervorheben, wie widerständig die Wirtschaftsordnung ist, unter der es möglich ist, daß in der gleichen Zeit, wo hier in Preußen-Deutschland die Bevölkerung ein Hungerdasein führen muß, in Amerika stellenweise mit Mais geheizt wird, weil das Getreide dort zum Teil verkauft, da es noch billiger ist als Kohle. Wir hören aus Amerika, daß man dort Milch ins Meer gießt (hörl. hörl.), und daß die Herdenbesitzer in Argentinien von großen Mengen Vieh nur das Fell verwerten, weil man kein Interesse daran hat, mit dem Ueberfluß an Milch und Fleisch die Preise zu vermindern und auch uns bei unserer schlechten Waare diese Dinge zu kommen zu lassen. (hörl. hörl.) Unter diesen Umständen werden wohl auch die Nationalisten es begreifen, daß wir an der Hand dieser Tatsachen die Widerständigkeit unserer Gesellschaftsordnung geistern. (Sehr gut links.)

Der Herr Minister hat mit anerkennenswerthem Freimuth sich gegen die Maßnahmen der Entente und gegen die Praktiken des ausländischen Kapitals gewandt. Bei der Brandmarkung des Halsabschneiderfriedens von Versailles hat er gewiß unseren Beifall. Aber wir müssen bei dieser Gelegenheit betonen, daß jetzt genau so hart, wie nur je die Entente es getan hat, auch Deutsche Deutsche bedrücken. Ich denke da an das Wuchergeschmeiß aller Schattierungen in Stadt und Land. Wir wollen auch auf diese Wunde hinweisen und die Regierung auffordern, in Preußen dafür zu sorgen, daß gegen den Wucher vorgegangen wird. Das Tuberkulosegesetz soll so schnell wie möglich verabschiedet werden. Der Ausschank alkoholischer Getränke muß jeder Art Jugendlichen unter 16 Jahren verboten werden. In einer Zeit, wo die Wehrzahl der Bevölkerung sich nicht füttern kann, muß es unmöglich gemacht werden, daß Getreide, Zucker, Reis und dergleichen zur Herstellung von Bier oder Branntwein benutzt werden. In diesen Fragen müßte eine Einheitsfront aller anständigen Menschen herbeigeführt werden. Der Druck Preußens auf die Reichsregierung müßte so ungestüm werden, daß die vereinigten Kapitalistenverbände der Alkoholinteressenten keine Möglichkeit hätten, dagegen anzugehen. Ferner: Aus Ihrem Ministerium, Herr Minister, kommt der Vorschlag, durch Einführung von Ebezeugnissen die Gesundheit unserer kommenden Generation erheblich zu verbessern. Wir bitten Sie, daß die im Bevölkerungsausschuß gemachten Vorschläge bald Gesetzeskraft erlangen. In dieser Frage könnte Preußen vorbildlich und musterhaft den anderen Ländern vorangehen.

das Wuchergeschmeiß aller Schattierungen

Vor ein paar Monaten wurde in der Versammlung des Landesgesundheitsrates darauf hingewiesen, daß gerade die Verbrauchssteuern auf Kohle, Alkohol und Tabak die Heilanstalten schwer belasten. Das war im September vergangenen Jahres. Bis zum heutigen Tage ist in dieser Frage nichts geschehen. So kommt es, daß wir in der Stadt Berlin vor der Notwendigkeit stehen, in den nächsten Tagen oder Wochen mehrere Krankenhäuser zu schließen. Ich bitte also den Herrn Minister, den Heilanstalten, den städtischen und Charitativ, seine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Was die Ärzte betrifft, so haben wir am vorigen Sonnabend erst im Wohlfahrtsministerium eine Besprechung abgehalten. Aber die Gehaltsordnung, die erhoht werden soll, schafft keine wirkliche Hilfe. So schematisch geht das nicht, denn die Kreise, die heutzutage zur Privatpraxis gehören, sind vielfach nicht mehr in der Lage, die erhöhten Gebühren zahlen zu können. 15 000 Mark für eine Konsultation bei einem Arzt ist das mindeste! Aber da müssen doch erst die Kreise da sein, die das zahlen können. Auch die höchstbesoldeten und höchstbezahlten Kreise müßten in die Versicherung eingegliedert werden, damit die Ärzte angemessen bezahlt werden können. Es sind nach dieser Richtung hin am Sonnabend Vorschläge gemacht worden. Die Ärzte, die Krankentassen und auch die Apotheker werden dem Herrn Minister dankbar sein, wenn es ihm gelingt, diese Vorschläge in die Tat umzusetzen.

Wir müssen uns gerade aus Rücksicht auf die Schäden unserer Volksgesundheit gegen die Maßnahmen der Entente wenden. Ich habe noch immer die Hoffnung — mögen Sie es Millionen nennen —, daß der Notschrei eines ehrlichen, geschnehten Volkes über die Grenzen gehen und bei den anständigen Menschen auch jenseits der Grenzen das gebührende Echo finden wird. Ich erwarte besonders von unseren proletarischen Schwestern und Brüdern jenseits der Grenze, denen die internationale Betätigung nicht nur Schall und Rauch sein soll, daß auch sie uns unterstützen werden.

Aber die Humanität beginnt, wie ein englisches Sprichwort sagt, im eigenen Lande. Es muß möglich sein, in den Städten die Milch zu einem Preise zu liefern, daß die Kinder wenigstens ein bestimmtes Quantum bekommen. Wir liegt hier ein Zeitungs-ausschnitt vor, wonach der Oberpräsident Koste in Hannover eine Verordnung erlassen hat, durch die sich der Kleinhandelspreis für Milch in Hannover auf 63 M. zu derselben Zeit gestaltet, als im Falle Münster, Lübeck, Kiel, Hamburg und Berlin

gegen die Maßnahmen der Entente

wenden. Ich habe noch immer die Hoffnung — mögen Sie es Millionen nennen —, daß der Notschrei eines ehrlichen, geschnehten Volkes über die Grenzen gehen und bei den anständigen Menschen auch jenseits der Grenzen das gebührende Echo finden wird. Ich erwarte besonders von unseren proletarischen Schwestern und Brüdern jenseits der Grenze, denen die internationale Betätigung nicht nur Schall und Rauch sein soll, daß auch sie uns unterstützen werden.

Aber die Humanität beginnt, wie ein englisches Sprichwort sagt, im eigenen Lande. Es muß möglich sein, in den Städten die Milch zu einem Preise zu liefern, daß die Kinder wenigstens ein bestimmtes Quantum bekommen. Wir liegt hier ein Zeitungs-ausschnitt vor, wonach der Oberpräsident Koste in Hannover eine Verordnung erlassen hat, durch die sich der Kleinhandelspreis für Milch in Hannover auf 63 M. zu derselben Zeit gestaltet, als im Falle Münster, Lübeck, Kiel, Hamburg und Berlin

der Preis schon 160 M. betrug. Doch frage die Regierung: Warum benutzen Sie nicht die Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel, um auf dem Wege über die Oberpräsidenten dafür zu sorgen, daß insbesondere der Preis für Milch von seiner unüberhörlichen Höhe herabsteigt. Ich appelliere ferner an die Vertreter der Landwirtschaft, dem Wucher in Ihren Kreisen entgegenzutreten.

Wir verlangen im Interesse der Volksgesundheit, im Interesse des Wiederaufbaues, daß niemand das Recht hat, seine Mitmenschen auszuspündern oder zu mordern. Unterlassen Sie uns darin, so wird das die beste Einheitsfront sein.

(Bravo! bei den Soz. und in der Mitte.)

Nach weiteren Ausführungen des Kommunisten Schölen und zweier Redner der Rechtsparterie machte Frau Abg. Kuhnert (Soz.) wirkungsvolle Darlegungen über die Notwendigkeit der Beseitigung des Abtreibungsparagrafen. Ihre Ausführungen gipfelten in der Forderung: Beseitigung oder wenigstens Milderung der furchtbaren Gebärzwangsparagrafen des Strafgesetzbuches! Der Landtag müsse in diesem Sinne auf den Reichstag einwirken, der sich demnächst mit der Frage des Abtreibungsparagrafen beschäftigen werde.

Das Haus geht hietauf, nachdem die Aussprache über die Volksgesundheit geschlossen wurde, die dritte Beratung der Vorlage wegen

Genehmigung von Siedelungen

nach § 1 des Reichsiedelungsgesetzes fort. Der Antrag der Sozialdemokraten, aus § 6 die Bestimmung zu beseitigen, daß der Einspruch gegen eine Siedelung auch durch Tatsachen begründet werden kann, die die Annahme einer Gefährdung des Schutzes der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei rechtfertigen, wird mit 140 gegen 107 Stimmen abgelehnt.

Der Entwurf wird unverändert nach den Beschlüssen in zweiter Lesung endgültig genehmigt.

Das Haus geht über zur zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes über den

Verkehr mit Grundstücken

nach den Vorschlägen des Gemeindevorschusses.

Berichterstatter Abg. Haas (Soz.): § 1 schreibt die Genehmigungspflicht für alle Rechtsverträge vor, die die Veräußerung eines Grundstücks oder die Herstellung eines Erbbaurechtes oder Nießbrauchs an einem Grundstück zum Gegenstand haben. Der Verkauf von Grundstücken an Ausländer, der sich in einzelnen Teilen Groß-Berlins, wie z. B. Schöneberg, bis zu 80 Proz. des Gesamtumsatzes erhoben hat, hat ganz besonders in den allerletzten Monaten zugenommen. Neben der Genehmigung sah die Vorlage ein Verkaufrecht der Gemeinde vor. Dies hat der Ausschuss abgelehnt. Die Veräußerung der Grundstücke ist durch den Ausschuss abhängig gemacht worden unter Zustimmung eines Ausschusses, der mindestens zur Hälfte aus Grundbesitzern bestehen muß.

Abg. Köhnenbürger (Z.) betont, daß seine Partei sich in der Ausgestaltung des Gesetzes nicht ganz einig sei und bittet, Aufträge und Verkaufrecht abzulehnen.

Abg. Meyer-Sollingen (Soz.): Nicht nur Ausländer schieben in Deutschland. Sie könnten ihre Geschäfte gar nicht machen, wenn sie nicht deutsche Kellerschreiber hätten. Bürgerliche Mütter waren es, die feststellten, daß von deutscher Seite die Annahmierung zur Grundstückspekulation ausgeht. Der Staat wird bei dem Grundstücksverkehr um Millionen betrogen. Unsere schließlichen Parteifreunde haben ein Gesetz über den Grundstücksverkehr geschaffen, das weiter geht als der preussische Entwurf und dessen Wirkungen durchaus gute waren. Immerhin, der preussische Entwurf zeigte einen Weg zum Ziel. Aber die Interessententeile sind gegen den Entwurf losgezogen. Was die Grundbesitzer wollten, war nicht ein Gesetz gegen die Spekulation, sondern Kampf gegen das Reichsmietengesetz. Die Goldverzinsung gehört ebenfalls zu diesem Kampfe. Wir können auf diesem Wege den Herren nicht folgen. Der Hauswitz darf das Reichsmietengesetz nicht zur Spekulation ausnutzen. Der Gesetzentwurf bot gute Handhaben zur Bekämpfung der Spekulation. Leider ist der Entwurf im Ausschuss selbst hies verstimmt worden, und wir fürchten, daß auch das Plenum trotz der Eingaben der Gemeinden mit knapper Mehrheit die Verfilmung des Gesetzes annimmt. (Beifall b. d. Soz.)

Das Haus verlegt sich auf Mittwoch 12 Uhr: Verkehr mit Grundstücken, Grundsteuer. — Schluß 5 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Am Sonntag, den 4. Februar, findet im Neuen Theater am Zoo in der Lebensstraße eine Konzertveranstaltung statt. Zur Aufführung gelangen „Der letzte Hof“, von Wagner, „Waldmäuschen zum Hirschen“, von Wagner, und im Jugendklub, Lindenstr. 4, 2. Hof, 3. Tr., zu haben.

Heute, Mittwoch, den 24. Januar:

Reichsbildung: Jugendheim Schönebergstr. 106. Vortrag: „Zweck und Ziele der sozialistischen Arbeiterjugend“. — Lichterberg: Jugendheim Dörfstr. 33. Vortrag: „Alkohol und Koffein“. — Wilmersdorf: Jugendheim Gemeindefabrik Altkönigsstr. Vortrag: „Proletarische Dichtungen“. — Prenzlauer Vorstadt: Jugendheim Gemeindefabrik Dörfstr. 13. Vortrag: „Die letzte Nummer der „Arbeiter-Jugend“. — Reichshagen: Jugendheim Gemeindefabrik Köpenicker Str. 12-14. Vortrag: „Die Berliner Arbeiterbewegung“. — Köpenick: Jugendheim Gemeindefabrik Altkönigsstr. 106. Vortrag: „Roberte Kalligott“.

Satyria gegen Schwächezustände, Nervenschwächen, Neurasthenie ein anregendes und kräftigendes Mittel. Hormon-Präparat der Akt-Ges. Hormons, Düsseldorf-Gratenberg. Zahntechnische Anfertigungen, Prospekt gratis. Erhältlich in Apotheken! Stets vorrätig in Berlin: Liefantien-Apothek, Linsengr. Str. 74; En-er-Apothek, Kanonenstr. 44; Hohenzollern-Apothek, Köpenick-Auguststr. 53; Wittes-Apothek, Potsdamer Str. 84 a

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 93/95
Geschäftszeit vom 9 Uhr bis 10 Uhr, 4 Uhr
Telephon: Amt Morben 852, 934, 935, 856.
Besitz. Mittwoch, den 24. Januar,
abends 6 Uhr, im Verbandshaus
(Karlshofstraße), Lindenstraße 93-95.

Vertrauensmänner-Konferenz
der Bau- und Metallarbeiter.
Tagungsordnung: Verlegt der Tarif-
kommission.

Katuna! Getmetall Katuna!

Donnerstag den 25. Januar, abends
6 Uhr, im Hotel von Reinecke,
Görlitzer Straße 17.

Sitzung

der Brandenkommmission,
mitglieder der Metallarbeiter,
Metallformer, Graveure, Wärtler,
Metallarbeiter u. Schweißarbeiter.

Das Gelingen aller ist Pflicht.

Auto-Reparaturbetriebe

Donnerstag, den 25. Januar, abends
7 Uhr, im Hotel von Reinecke, Görlitzer Str. 17.

Funktionskonferenz

aller Betriebsräte und
Vertrauensleute der Auto-
Reparaturbetriebe.

Jeder Betrieb muß einen Ver-
treter entsenden.

Die Ortsoberleitung.

Ungeheuer billig!

enthalten im Preise sind alle Lebens-
mittel und Bedarfs-
artikel. Keine Auslagen im „Vertrieb“ sind



CREME PERI

Schlechtes Wetter,
Sturm und Regen machen die Haut rau und spröde. Sie bleibt aber stets geschmeidig und gesund, wenn sie regelmäßig mit «Crème Peri» eingerieben wird. Nicht zwecklos gehört zu ihren Hauptbestandteilen der von den Ärzten so geschätzte Hamamelis-Extrakt. «Crème Peri» fettet nicht, reibt sich vielmehr unsichtbar in die Haut ein. Zu jeder Tageszeit anwendbar.

Peri Talkum-Puder - Crème Peri-Seife
Überall erhältlich!

DR. M. ALBERSHEIM • FRANKFURT A. M.
Fabrik feiner Parfümerien

Gegr. 1892

gen. zesch.
Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten, Platin
Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngebißen,
Ketten, Münzen, Bestücken
die renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
Artilleriestraße 30
5 Min. vom Bahnh. Friedrichstraße
Tel. Norden 1030-1437-5100-11153
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburger Straße)
5 Minuten v. Wittenbergpl. Zoo
Steinpl. 11803
Tel.-Adr.: Platinwiese

